

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Postabonnement 3,30 Mark pro Quartal. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1890 unter Nr. 892, V. Nachtrag.)
 Unter Preisband, täglich durch die Expedition, für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Insertionsgebühr

beträgt für die 5gespaltene Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Beuthstraße 3, sowie von allen Annoncen-Bureaus, ohne Erhöhung des Preises, angenommen. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3-7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt VI. Nr. 4106.

Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Beuthstraße 3.

Es wird Ernst

mit der Bekämpfung der Sozialdemokratie. Um jeden Preis soll uns der Garauß gemacht werden. Ueberall versucht man, die übrigen Klassen gegen die Arbeiter aufzuheben und reaktionäre Organisationen gegen die Sozialdemokratie zu gründen. Derartige Gründungen tragen — gleich anderen Gründungen — meistens einen geschäftsmäßigen Charakter, wie z. B. diejenige, deren Prospektus uns soeben für unser Karitätenkabinett überandt worden ist. Das Ding steht ganz reputirlich aus und wunderbar harmlos, hat aber den Schall hinter ihm. Es ist ein Doppel-Quartblatt bedruckten, tadellos weißen und elegant fatinirten Papiers, dessen Gefährlichkeit jedoch sofort durch die Mahnung Vertraulich!, welche uns an der Spitze der ersten Seite rechts und links, gleich zwei grimmigen Thorwächtern entgegenstarrt, dem Schauenden verrathen wird.

Das corpus delicti ist so interessant, daß wir es unseren Lesern nicht vorenthalten können. Der Text des bedruckten Doppel-Quartblattes lautet wie folgt:

„Datum des Poststempels.“

Aufruf.

Hochgeehrter Herr!

Sozialdemokratische Agitatoren verkündeten in Versammlungen und Blättern, daß sie nach Ablauf des Sozialistengesetzes durch neue Zeitungen, Flugblätter, Volksversammlungen u. s. w. mehr wie je Propaganda für ihre umstürzlerischen Zwecke machen wollen.

Wie weit es hierin bisher schon gekommen, bedarf keiner Klarlegung. Eine die gesammte Industrie mehr und mehr bedrohende Waffe ist in den Händen der Umsturzpartei die „Streikbewegung“ geworden, die in England am weitesten gediehen, in Deutschland sich einer ähnlichen Entwicklung nähert.

Von den Führern der Umsturzpartei wird in den Arbeiterkreisen systematisch eine mehr und mehr steigende Begehrlichkeit geweckt, — jedes Ansehen, jede Autorität, jede Religiosität und jeder Patriotismus werden cynisch untergraben, um die in solcher Weise verblendete Menge revolutionären Zwecken dienstbar zu machen.

Auch auf dem Lande findet an vielen Orten bereits ein geheimer Vertrieb sozialdemokratischer Schriften statt, und hier und da haben die vor nichts zurückbelebenden Volksverführer schon versucht, das Gist ihrer Irreführungen die Armeen zu tragen.

Ueberall wird erkannt, daß hier etwas geschehen muß, und hier und da haben sich auch Industrielle zu Schutz-

verbänden zusammengefunden. Diese Verbände sind zunächst aber nur eine Abwehr gegen die immer höher fluthende Bewegung der Streiks, und noch fehlte es bisher an einem Verbande deutscher Staatsbürger, welcher sich die Aufgabe stellte: die destruktiven Tendenzen und mit ihnen die sich mehr und mehr steigende Begehrlichkeit der Anhänger der Sozialdemokratie zu bekämpfen.

Allen zivilisirten Staaten droht die Gefahr des inneren Zerfalles. Durch die Streiks sind Lebensmittel und die nothwendigsten Verbrauchsgegenstände jedesmal höher im Preise gestiegen und werden durch dieselbe Ursache auch ferner mehr und mehr im Preise steigen. Das kleine und mittlere Beamtenthum, der kleine und mittlere Bürgerstand werden sich durch diese Vertheuerung schließlich einem Nothstande gegenüber sehen, der die unberechenbarsten Folgen haben muß.

Hier kann die Staatsregierung allein nicht helfen, und so haben denn auch die Worte Sr. Majestät des Kaisers und Königs, welche Allerhöchstderselbe in Breslau sprach, den weitesten Widerhall gefunden.

Se. Majestät sagten befanntlich:

„Ich knüpfe hieran den Wunsch, daß dieses gute Beispiel, welches die Provinz gegeben hat, ohne Unterschied der Parteien und Konfessionen von allen Theilen meines Staates befolgt werde, daß unsere Bürger endlich aus dem Schlummer erwachen mögen, in dem sie sich so lange gewiegt haben, und nicht bloß dem Staat und seinen Organen die Bekämpfung der unwalzenden Elemente überlassen, sondern selbst mit Hand anlegen. Ich habe die Ueberzeugung, daß, wenn die Provinz beharrt auf dem jetzigen Wege, es nicht nur der Provinz, sondern auch meinem ganzen Lande gelingen wird, wiederherzustellen die Achtung vor der Kirche, den Respekt vor dem Gesetz und den unbedingtsten Gehorsam gegen die Krone und deren Träger.“

Eingedenk dieser kaiserlichen Worte und in Erwägung des vorher Gesagten hat sich in Berlin der Verein zur Bekämpfung der zersetzenden Bestrebungen der Sozialdemokratie gebildet.

Das Ziel des Vereins soll erstrebt werden durch Vertrieb und Vertheilung zu diesem Zwecke geschickt verfaßter Schriften in jederlei Gestalt, sowie durch alle sonst geeigneten Mittel, welche die entsprechende Belehrung der Massen und Warnung vor dem Giste volksverführender Tendenzen zu

erreichen vermögen. Theils vom Geschäftsführer des Vereins, theils auch von anderer Seite (auf Kosten und Anregung des Vereins) sollen zuvörderst geeignete Schriften in Volks- und Arbeiterkreisen verbreitet werden. Einer von den Wegen, welche solche Verbreitung ermöglichen, ist in der unlängst erschienenen Broschüre: „Sozialdemokratie und Volksliteratur“ (von Carl Wald in Berlin) näher angegeben. Der Verfasser regt die Schaffung von Schriften an, welche der sozialdemokratischen Volksverderber entgegenzuarbeiten vermögen, und legt klar, wie dieselben beschaffen sein müssen und auf welchem Wege sie Eingang in die betreffenden Kreise finden können.

Eine Anzahl bedeutender Männer haben, unter warmer Anerkennung dieser Ziele, dem Verfasser besagter Schrift brieflich ihre vollste Zustimmung ausgesprochen. So unter Anderen:

Der Herr General-Feldmarschall Graf Moltke, der Herr General Bronsart von Schellendorf, Kommandeur des I. Armeekorps, die Herren Staatsminister Dr. Miquel, von Puttkamer, weiland von Könneritz (Sachsen), von Krosigk (Weslau), Dr. Stiegling (Weimar) u. s. w. Ferner der Herr Erzbischof von Trier, die Herren Geheimen Kommerzienräthe Friedrich Krupp, Hansemann, Dr. jur. Hammacher u. s. w. u. s. w.

Nach erfolgter Konstituierung des Vereins zur Bekämpfung destruktiver Tendenzen wurde von demselben der Beschluß gefaßt, eine größere Anzahl von Vertretern der staatserkhaltenden und patriotisch gesinnten Bürgerschaft zum Beitritt einzuladen und dann Sr. Majestät dem Kaiser und König eine Adresse unter Namhaftmachung sämtlicher Mitglieder zu überreichen, um so darzuthun, daß der Mahnung Sr. Majestät von den Mitgliedern unseres Vereins nach besten Kräften Folge gegeben werden soll.

Unser Verein bittet nun auch Sie, hochgeehrter Herr, um Ihre geschätzte Mitgliedschaft. Es ist uns versichert worden, daß es Ihnen gegenüber nicht einmal des Hinweises auf den Ernst der Situation, auf das rapide Anwachsen der Sozialdemokratie und die immer weiter dringende Verbreitung der verderblichen Tendenzen derselben bedürfen würde, sondern daß Sie freudigen Herzens jedem gemeinnützigen Werke, schon um seiner Gemeinnützigkeit willen, Ihre vollste Theilnahme zuzuwenden pflegen.

Der Jahresbeitrag ist auf M. 20, — festgesetzt und an den mitunterzeichneten Geschäftsführer des Vereins, Herrn Carl Wald, Berlin SW., Lindenstraße 9 gleichzeitig mit der Beitrittserklärung einzusenden.

daß derselbe bereit sei. Zugleich überbrachte er einen Brief in ziemlich großem Format.

Konrad besah ihn, er war von Field. Er öffnete das Rouvert und entnahm eine Karte. Sie enthielt eine Verlobungsanzeige. Herr und Frau Field brachten hiermit die Verlobung ihrer Tochter Hanna mit dem akademischen Maler Eugen Oswaldt zur allgemeinen Kenntniß.

Konrad hielt das Blatt in den Händen und sein Auge starrte unverwandt darauf, als stände er vor einem Räthsel. Oswaldt — Oswaldt, flüsterter seine Lippen — und Hanna! Es ist nicht möglich!

Dann verzog sich sein Mund zu einem höhnischen Lächeln. Er gedachte einer jener glänzenden Soireen im Hause Field und eines jungen unscheinbaren Menschen, der ihm daselbst als Maler Oswaldt vorgestellt worden war.

Er sah ihn vor sich mit dem schlecht sitzenden schwarzen Rock und den schlechten Manieren, der an einem Abend tausend Ungeschicklichkeiten beging, oder in die Fensterdecke eines Salons sich zurückzog, von wo er das Treiben mit gleichgültigen Blicken beobachtete und dabei leise vor sich hin pfiff. Wie oft hatte Hanna und er über diesen Oswaldt gelacht, wie oft hatte sie selbst ihn in seiner Einfalt unbarmherzig preisgegeben, und nun hatte sie eingewilligt, seine Gattin zu werden. Aber war es denn möglich? Und was hatte Field dazu vermocht, seinen Liebling einem Künstler zu geben, dessen vornehmster Gömmer er selbst war, dessen, allerdings vielversprechendes Talent sich erst zu entwickeln begann, der heute also weder Vermögen, noch Aufbefäh? Und doch war es geschehen, hier stand es ja deutlich, sie waren verlobt!

Seine innere Bewegung hatte ihn vorwärts getrieben.

Feuilleton.

Victoria.

Roman von Minna Kautsky.

Konrad Niehl aber versicherte, daß er einem so kühnen Fluge nicht gewachsen sei. Er wolle überdies seine Arbeiter nicht unglücklicher machen, als sie ohnedies schon seien.

Voraus der Finanzier lächelnd erwiderte, er hätte nicht, eine Chance nicht zu benutzen, die sich ihm darbot, die ihn retten könne und die morgen ein Anderer benutzen wird.

„Aber lassen Sie das Alles meine Sorge sein; geben Sie mir nur Vollmachten, willigen Sie in die Liquidation und ich werde alles arrangiren.“ Aber Konrad Niehl wies Alles ab. Nachdem er ihm die Tochter verweigert, wollte er ihm nichts zu danken haben, auch nicht die eigene Rettung. Er ging. Am Nachmittag suchte er Hanna auf. Sie schien ihm verändert. Der Vater hatte ihr wohl alles gesagt, und er hatte nun das Gefühl, als löse sie sich von ihm ab, als zöge sie sich leise von ihm zurück. Sie hatte Recht. Was konnte er diesem verwöhnten, im fürstlichen Luxus erzogenen Mädchen noch bieten? Oder hätte er wirklich glauben können, Hanna würde unter allen Umständen ihm angehören wollen? Nein, nichts berechtigte ihn dazu. Das Opfer wäre auch so groß gewesen, daß er es nicht einmal hätte annehmen dürfen. Gedehmüthigt, verbittert, auf's Tiefste verletzt, zog er sich wieder nach seiner ländlichen Behausung zurück.

In der letzten Zeit hatte er inmitten seines großen Parks einen Willenbau begonnen. Künstlerisch und luxuriös ausgestattet, wie es seinem gebildeten Geschmack entsprach, sollte es ein wahres bon Retiro werden, das der Lärm der Fabrik nicht erreichte. Mehrere reizende, mit einer gewissen Koketterie eingerichtete Zimmer verriethen all die zärtlichen und kühnen Hoffnungen, mit denen er sich getragen. Jetzt wurde der fast vollendete Bau in seinen Einzelheiten umgeändert. Er sollte einen andern Geist erhalten, einen andern Charakter. Es sollte eine Art Museum werden für seine Kunstschätze und er wollte sich mit denselben einschließen, um von der Welt nichts mehr zu hören und zu sehen.

Und wieder überließ er jede geschäftliche Thätigkeit seinen Beamten und verlangte nur Geld, Geld für die Ausstattung und Ausschmückung seiner Villa, die ihm einzig am Herzen lag. Aber es kam der Tag, wo er seine fälligen Verbindlichkeiten nicht mehr erfüllen konnte. Das Liquidationsverfahren wurde eingeleitet. Niehl erschien es fast wie eine Erlösung. Er konnte hoffen, immer noch einen Theil seines Vermögens sich zu erhalten und er wurde so von einer Last befreit, deren er sich sonst nicht zu entledigen gewußt.

An diesem Morgen hatte er einen Brief des Bankiers Field erhalten, der ihn zu sich lud.

Er hätte ihm günstige Propositionen zu machen, schrieb er, die seine Lage wesentlich erleichtern könnten.

Niehl hatte anfänglich überlegt und gezögert, jetzt war er entschlossen. Es war nicht Großmuth, was den Finanzmann antrieb, ihm die Hand zu reichen, es war die Aussicht auf ein vortheilhaftes Geschäft. Gut, er sollte es machen.

Er hatte seinen Wagen bestellt, um zur Station zu fahren. Der Diener kam in diesem Augenblick und meldete,

Die auf ein Jahr lautende Mitgliedskarte u. s. w., sowie fortlaufende Berichte werden Ihnen pünktlich zugehen, ebenso wie Sie Ort und Zeit unserer Versammlungen regelmäßig angezeigt erhalten.

Mit vorzüglichster Hochachtung
Der Vorstand.

Im Auftrage:

Chefredakteur Carl Wald. — Fabrikbesitzer Julius Hef.
Berlin SW., Lindenstr. 9. Berlin SO., Bethanienufer 6.
Vorstandende.

Zum Zwecke möglichst schneller Verbreitung und energischer Beförderung der Interessen des Vereins werden Anmeldungen zur Mitgliedschaft baldigst erbeten.

Dies das Corpus delicti! Die Herren Gründer sehen, daß wir ihrem Wunsche „möglichst schneller Verbreitung“ zuvorkommendst entsprochen haben. Indem wir dem Herrn „Chefredakteur Carl Wald“ ein recht gutes Geschäft wünschen — namentlich massenhaften Absatz seiner „Broschüre“ in den Kreisen derer, die nicht alle werden — verabschieden wir uns für heute von den Herren Gründern. Sollte ihr „Verein“ ins Leben treten und sich uns bemerklich machen, dann sprechen wir uns vielleicht wieder.

Und nun ein Wort mit der „Leipziger Ztg.“, die in ihrer vorgestrigen Nummer einen langen Artikel „Zum sozialdemokratischen Programm“ bringt. Das Wort Programm wird von der „Leipziger Zeitung“ in Anführungszeichen gesetzt — offenbar, weil sie die Sozialdemokraten mit ihren sächsischen Blümchen-Konservativen verwechselt, für welche ein Programm allerdings ein böhmisches Dorf ist.

Die „Leipziger Zeitung“ ärgert sich wieder einmal über uns, weil wir ihr die Geheimnisse des Zukunftsstaats nicht verraten wollen. Sie meint:

„Jahrzehnte lang hat man den Arbeitern vorgeredet, daß der sozialistische Staat schon jetzt möglich sei. Jahrzehnte lang haben die Arbeitermassen schwere Geldopfer getragen, weil man ihnen versprach, daß sie die Frucht dieser Opfer im sozialistischen Staat selbst noch ernten würden. Da auf einmal kommen die Herren Parteiführer und erklären: wie jener Staat aussehen werde und wann seine Zeit gekommen sei, könne jetzt noch kein Mensch sagen. Voraussetzlich könne es sich noch um Hunderte von Jahren handeln. Denn so lange dauerte es bekanntlich, bis die „Dynamite der Zukunft“ dem Zeitalter der „Dampfmaschinen, Eisenbahnen, Telegraphen, den Hilfsmitteln der modernen Chemie und Technik“ wich. Ja selbst ob dieser sozialdemokratische Staat überhaupt jemals kommen werde, muß den Gläubigen zweifelhaft werden. Denn daß einmal das Zeitalter der „Telegraphen, Dampfmaschinen, Eisenbahnen“ anbrechen werde, haben im Zeitalter der „Zunfttyrannie“ bekanntlich auch die Weitblickendsten nicht geahnt und vorauszusagen gewagt. Auf die bloße Möglichkeit hin, daß in der Technik wieder einmal eine große, bahnbrechende Umwälzung eintritt, von der kein Mensch weiß, ob sie jemals kommen und wie sie aussehen wird, auf diese Möglichkeit hin bildet man eine Partei und muthet man dem Arbeiter zu, seine Sparspennige an die Kasse derselben abzuliefern? Wo man es auch ansieht, dieses Hirngespinnst, seine Tollheit ist so offenbar, daß sie am Ende auch noch dem einfachsten Arbeiter einleuchten wird.“

So die „Leipziger Zeitung“. Also „man hat den Arbeitern Jahrzehnte lang vorgeredet, daß der sozialistische Staat schon jetzt möglich sei.“ Wer ist „man“? Niemand anders als die „Leipziger Zeitung“ und ihres Gleichen — sicherlich kein Sozialist. Das Organ der sächsischen Regierung ist da auf seine eigenen Lügen hineingefallen. Wie hat ein Sozialdemokrat daran gedacht, solchen Unsinn zu versprechen — nie würde ein Sozialdemokrat solchen Unsinn geglaubt haben, wenn er ihm versprochen worden wäre.

Uebrigens mag die „Leipziger Zeitung“ sich trösten,

— wir wollen mit unserem Zukunftsstaat nicht warten, bis eine neue Revolution in der Technik eintritt. Schon deshalb nicht, weil es keiner neuen Revolution bedarf, sondern wir mitten in der Revolution drin sind — auf technischem wie auch auf anderem Gebiete.

Ja, die Revolution ist schon da, welche uns — sicher zu früh für die „Leipziger Zeitung“ und ihres Gleichen — in den Zukunftsstaat führen wird. „Das Völkchen merkt den Teufel nicht, Und wenn er sie beim Kragen hält.“

Korrespondenzen.

Mailand, 5. Oktober 1890. Das Consolato operaio di Milano, welches gestern dem Kongress zu Halle eine Adresse zu senden beschloß, ist eine Gruppierung verschiedener Arbeitervereine, jedoch nicht ausgesprochen sozialistischen Charakters. Ihr Vertreter ist der Parlamentsabgeordnete für Mailand: Antonio Massi, der als republikanisch gesinnter, bürgerlich radikaler Demokrat gilt.

Um so mehr ist es hervorzuheben und bedeutsam, daß dieser Vertreter der bürgerlichen Demokratie durch die Gewalt der begeisterten Stimmung, die unter den Arbeitern Italiens für die deutsche Sozialdemokratie herrscht, gezwungen ist, dem von ihm geleiteten Verein diese sehr bemerkenswerthe Adresse vorzuschlagen.

Es liegt diese Thatsache aber außer von dem mächtig gesteigerten Solidaritätsgefühl der Arbeiter aller Nationen, immerhin auch von einer freieren und kühneren Gesinnung der italienischen bürgerlichen Demokratie, als sie jemals dem deutschen demokratischen Bürgerthum innewohnt hat. Unmöglichlich sich vorzustellen, daß auch der radikale, republikanisch sich gegebende Volksparteiler Süddeutschlands einen von ihm geleiteten Verein eine selbst abgeschwächt ähnliche Adresse nach England — von Frankreich zu schweigen — oder nach Italien senden läßt. Hier ist die Adresse in deutscher Uebersetzung:

Arbeits- und Kampfgenossen!
Der Feudalismus, die Priesterherrschaft und die Bourgeoisie — das heißt die Vergangenheit — hielten die Völker durch künstliche Schlagbäume, durch Vorurtheile und durch gegenseitigen Haß getrennt, der vierte Stand — das heißt die Zukunft — reißt jene Schlagbäume nieder und überwindet Vorurtheile und Haß, und bewirkt, daß der Herzschlag des Proletariats des Einzellandes zum universalen Herzschlag wird.

So sehen wir, daß die moralischen Errungenschaften der kühnen Sozialdemokratie Deutschlands ein Erbgut werden der Arbeiter der ganzen Erde; so sehen wir, wie der Erinnerungstag des Falles des Gesetzes gegen die deutschen Sozialisten sich als ein politisches Weltereignis darstellt und wie das Echo des Kongresses zu Halle als Lösungswort wieder tönt überall dort, wo der Kampf zwischen Vergangenheit und Zukunft, zwischen Vorurtheil und Gerechtigkeit entbrannt ist.

Das unterzeichnete Consulat, als Vertreter der demokratischen Arbeiterschaft Mailands, sendet der Sozialdemokratie Deutschlands, welche zu Halle jene Errungenschaften mit Nachdruck bestätigt, die sie ausschließlich ihrer eigenen Energie verdankt, den Gruß der Brüderlichkeit als Pfand der Solidarität und als Ausdruck des Wunsches zu ferneren Siegen.

(Golgen die Unterschriften.)

Politische Uebersicht.

Der widerspenstige Todte — la mors ricalentant, wie die Franzosen den todtten Mann von Friedrichsruhe nennen — giebt sich die erdenklichste Mühe, der Welt weiß zu machen, nicht er sei es gewesen, der auf der Verewigung des ungemilderten Sozialistengesetzes bestanden habe. Er scheint Angst zu bekommen vor dem Urtheil der Nachwelt, die allerdings mit den Urhebern des Sozialistengesetzes streng ins Gericht gehen wird. Und vor allen mit dem Hauptschuldigen: dem Fürsten Bismarck. Das Telegramm, welches dieser unmittelbar nach dem Knall des Hölle-Teufels ins Ministerium schickte: „Ausnahme-gesetz gegen die Sozialisten!“ zeigt, daß es sich bei Einbringung des Sozialistengesetzes um einen langer Hand vorbereiteten Plan handelte, zu dessen Ausführung nur eine Gelegenheit erwartet wurde. Und welches die Absichten des Fürsten Bismarck waren, das ist später von ihm selbst offen eingestanden worden: er wollte durch Inszentrierung des rothen Spensstes und durch die Veranstaltung von Neuwahlen mitten in der Weizsäcker-

hige des Sozialistenschreckens die Opposition niederwerfen, welche im Reichstag die Majorität hatte, und sich wieder fest in den Sattel schwingen. Sozialisten wurden also den Machtinteressen des Fürsten Bismarck geopfert, der sich in seiner Hausmeierischeckheit sah. Und daß dieses schwere Verbrechen aus egoistischer politischer Berechnung, der kalten Staatsräson zu Liebe verübt ward, das verdoppelt noch die Schuld Fürsten Bismarck, dem es nie wieder gelingen wird, sich zu waschen.

Die Essener Revolution ist zu Ende. Am vom Sonntag — in freien Staaten wählt man meist Sonntag für Kundgebungen des Volkswillens — fand die allgemeine Volksabstimmung statt, und das Resultat war: die Radikalen siegten mit einer allerdings kleinen Minderheit die Merikalen. Die Radikalen dürfen jetzt nur nicht in Fehler ihrer Gegner verfallen und nun ihrerseits diese ständig mundtot machen. Der Grund des letzten Ausfalls lag bekanntlich darin, daß die Merikalen, welche bei vorletzten Wahl die Majorität erlangt hatten, ihren Gegnern weder in der Regierung noch in der Gesetzgebung den ersten Platz und Einfluß einräumten. Würden die Radikalen es jetzt ebenso machen, so wäre über kurz oder lang der Ausbruch einer neuen Revolution sicher. Das nächste wäre die Abschaffung des bisherigen Wahlsystems und die Einführung der Proportionalwahl, welche jeder Partei die ihrem Zahlenverhältniß entsprechende Vertretung gewährt. In der Schweiz ist die Proportionalwahl bereits in mehreren Kantonen z. B. in Neuchâtel eingeführt, und in anderen z. B. Genf ist man daran einzuführen.

Späte Einsicht. Jetzt, wo das Sozialistengesetz gekommen Stimmen über Stimmen aus dem Lager der Gegner, welche die Schädlichkeit und Verwerflichkeit des Gesetzes offen zugeben. Schade, daß die Herren ihre Einfälle nicht früher gehabt haben, als das Gesetz blühte und Bismarck noch Reichszkanzler war. Jetzt ihr Treppenwitz uns nur ein Lächeln abnötigen. Professor Delbrück, der freikonservative Redakteur „Preussischer Jahrbücher“, gehört jetzt zu denen, die todtten Gesetz noch feierlich den Abschied geben. Gleich plädiert er aber auch für eine „von großen Gesichtspunkten getragene Behandlung der Sozialdemokratie. Nur kleinlichen Polizeimaßregeln! ruft er, am allerwenigsten Bezug auf die Versammlungs- und Redefreiheit. Mit Boten und Auflösungen von Versammlungen thue man den Agitatoren einen Gefallen. Sie wissen, daß keine Reden eine solche Erbitterung in den Massen hervorrufen kann, als das Polizeigebot, das freie Wort (dieses Wort hatte man lange nicht in Kartellblättern gelesen) zwingt, auf Ausübung eines politischen Wortes zu verzichten.“ Ja, Professor Delbrück findet es natürlich, daß diese Verbote zu „Zumulten“ führten, den vielbeklagten Zumulten, die jahrelang ein so wichtiges Beweismaterial für die Nothwendigkeit des Sozialistengesetzes lieferten! Auch daß dieses Gesetz „eine lächerliche wie beschämende Angstmeierei“ unter dem scheinlichen Bürgerthum erzeugt habe, giebt Herr Delbrück damit aber unsere Freude über den neugewonnenen Kampf keine ungetrübte ist, verländert Herr Delbrück's Schluß, daß wenn die Agitation wirklich von Neuen Siebteithe von 1878 erreichen sollte, ein neues Sozialistengesetz gegeben werden müsse, daß sie niederfiele. Das ist so ungefähr dasselbe Lied, das die freikonservative „Post“ auch schon gesungen. Der edle Wunsch steckt doch die Sozialdemokratie möge sich durch die wiedergewonnenen Freiheit zu den Thorheiten hinreißen lassen, zu denen die Spitzel und agents provocateurs des verflochtenen Spionages nicht verleiten vermochten. Eitle Hoffnung! Die ohren unserer Gegner sind auch durch eine machiavellische Maske nicht zu verbergen.

Die Wahlversammlungen zum Kongress in haben nun überall stattgefunden. Wir können die Berichte hierüber in den Parteiblättern vorliegen, ihrer großen Menge wegen nicht zum Abdruck bringen, und müssen uns auf die Stellung beschränken, daß so weit wir sehen, in allen diesen Versammlungen der Organisations-Entwurf der Fraktion in allen Punkten oder mit unbedeutenden Abänderungen genehmigt worden ist. Von der berühmten „Spaltung“ der Sozialdemokratie war natürlich nirgendwo etwas zu merken.

Jetzt ließ er sich, als gehorchte er einer plötzlichen Schwäche, auf einer Gartenbank nieder.

Was Hanna wollte, das würde sie durchsehen, er traute es ihr wohl zu. Sie liebte ihn also und verlangte nichts als Gegenliebe? Ungläublich schüttelte er den Kopf. Nein, er konnte sich das stolze, vielverlangende Mädchen nicht so genügsam denken. Oder gefiel sich ihr Stolz eben darin, einen Mann, nein, einen Sklaven zu haben, der ihr alles verdanken sollte, um dafür in ewiger Anbetung zu ihr aufzusehen? Er will es erfahren. Er ist im Begriff, Field aufzusuchen, er wird sie sehen, und ihn, und alles andere erzählen.

Er erhob sich und ging rasch den breiten Kiesweg entlang der Villa.

Einige Minuten später rollte der Wagen durch das rückwärtige Thor des Parkes der Bahnstation entgegen. Als er daselbst anlangte, wurde soeben ein hereinkommender Zug signalisirt. Nach Anlauf desselben dauerte es noch einige Minuten, ehe der nach Wien verkehrende abging.

Er war zu früh gekommen.

Am Perron befanden sich eine Anzahl Personen, darunter Frau Brandhofer und ihre Tochter, sie erwarteten Brandhofer junior, den künftigen Professor.

Der Alte, voll übler Laune, war nicht mitgekommen.

Der Zug puffedte heran und hielt.

„Dort ist er, dort,“ rief Will, „er ist dritter Klasse gefahren.“

„Das hätte er nicht thun sollen,“ meinte die Mutter, fast genirt. „Das paßt doch nicht mehr für seine jetzige Stellung.“

Ein blonder, junger Mann, dessen unbedeutendes Gesicht durch die Brille, die auf seiner Nase saß, eine gewisse Wichtigkeit erhielt, sprang ab und kam ihnen mit einem glücklichen Lächeln entgegen.

Er wurde von den Weibern abwechselnd auf das Festigste umarmt und gelüßt und wie im Triumph dem Ausgange entgegen gedrängt.

„Aber Dein Gepäck?“ fragte die Mutter in großer Aufgeregtheit, „gieb mir nur rasch den Schein, Audi.“

„Ich habe nur Handgepäck mitgenommen,“ versetzte Audi etwas kleinlaut, fügte aber sogleich mit Empase hinzu: „Ich konnte doch nicht Alles mitschleppen, meine übrigen Sachen sind — deponirt.“

„Natürlich, natürlich,“ versetzte die gutmüthige Frau, ihn und sich selbst beruhigend.

Emilie hatte einen examinirenden Blick auf die äußerst schäbige Kleidung ihres Bruders geworfen, sie konnte sich's denken, was es mit diesem Depot für eine Bewandniß habe und das dämpfte ihre Freude. Sie hatte sich vorgenommen, mit dem Bruder Staat zu machen und nun kam er ihr so — Die Mutter aber hängte sich fest an den Arm ihres Sohnes. Sie war glücklich. Und sie sah so befriedigt und stolz um sich, und grüßte die Bekannten mit jenem bedeutsamen Lächeln, das den Neid herausfordern möchte, weil man sich unendlich bevorzugt fühlt.

Au diesem Nachmittag ging in Kattenbach das gestülpte Wort von Mund zu Mund: Brandhofer's Professor ist angekommen.

Ein zweiter junger Mann hatte den Zug verlassen und erwartete sein Gepäck.

Er war schlank und gut gewachsen, wenn auch etwas unter Mittelgröße und zeigte in seinem Aeußern ein Gemisch von Nonchalance und Geschmeigeltigkeit, von natürlicher Anmuth und angewöhnter Eleganz. Seine Hautfarbe war brünett, das dunkle Haar in die Stirne geschritten, sorgfältig abgetheilt und gebrannt; das schwarze Schnurrbartchen endete in einem weichen Schwung.

Er trug eine echte Sommerkleidung neuester Façon, ja, in Schnitt und Ausführung von übertriebener Eleganz, wie sie von Bekleidungsstilisten solchen Personen, die in der Mode sind, gerne angefertigt und oft aufgedrängt wird.

Er war stark parfümirt, so daß er eine eigene Atmosphäre um sich verbreitete.

Der junge Mann sah indes mit frischen fröhlichen Augen um sich, wie Einer, der Bekanntes, ihm Liebgewordenes nach längerer Entfernung wieder sieht.

Möglichlich schien er von einem bestimmten Gegenstand gefesselt. Er lächelte grüßend den Gut. Niehl dankte. Die beiden Herren näherten sich einander langsam.

„Herr Oswald, ich bin erstaunt, Sie hier zu und allein?“

„Wie Sie sehen, Herr Niehl, allein und verlassen.“

Niehl bemerkte, daß er soeben die Nachricht von Verlobung mit Fräulein Field erhalten und stattete Glückwunsch ab.

Oswald dankte kühl mit verbindlichen Worten. Niehl betrachtete ihn mit einiger Verwunderung.

sehr hatte sich dieser Oswald verändert, seit er ihn gesehen; alles Pinkische war abgestreift und er hatte das Aussehen und die Mäuren eines vornehmen Mannes angenommen, und so hatte er sich denn in der kürzesten jenen Kreisen angepaßt, in denen er hinfort verkehren hatte dies Hanna bewirkt? War die Liebe seine Meisterin gewesen? Der Gedanke irritirte ihn.

„Ich stehe im Begriff, nach Wien zu fahren, erwartet mich; treffe ich auch die Damen daselbst?“

„Gewiß, Frau Field wird mit ihren Töchtern ihrem Schwiegerjohn erst morgen nach Amsterdam nach Amsterdam?“

Oswald hatte ein feines Lächeln. Eine Maske ist in Aussicht genommen, natürlich nur für die Hieraus erfolgt ein kurzer Aufenthalt in England. denke, sie gehen nach der Isle of Wight.“

„Werden Sie die Damen nicht dahin begleiten?“

„Leider nicht,“ Oswald machte eine Grimasse, folge einer Einladung des Fürsten Schwanda an Güter in Böhmen; ich soll dort einige Antiquitäten nehmen, einige Studien aus dem Wildpark machen.“

weiß ich — au fin, nichts, was mich reizt, nichts, was Künstler befriedigen könnte. Außerdem wird meine Gesellschaft, die sich dort versammelt, sehr in Anspruch nehmen, mehr als mir lieb ist, aber Field bestand ich müsse es annehmen — nun ja, es knüpfen sich manche Vortheile daran, und so ließ ich mich bestimmen.“

Der junge Mann brachte dies Alles in nonchalanten Tone vor, der seine Gleichgültigkeit betonte.

(Fortsetzung folgt.)

Auch die Liste der Delegierten wird erst auf dem Parteitag genau festzustellen sein. Im Folgenden geben wir das Wahlergebnis aus denjenigen Orten, aus denen es uns bisher bekannt ist:

Magdeburg: Klee, Adolf Schulze, Bremer; V. schleswig-holsteinischer Wahlkreis: Klöh-Eimshorn und Kellermann-Zschehe; VII. schleswig-holsteinischer Wahlkreis: Heintzel-Kiel, Vienenau-Niemünster und Pittack-Rendsburg; Bremen: Zigarrenarbeiter Kerel; Bant: Paul Hug; Seestemünde. Redakteur Watermann; Krefeld: Karl Wefsch; Köln: Lücke, Werner und Franz Baum; Elberfeld: Redakteur Grimpe und Tischler Wehr; Solingen: Leven jr.; Atna: Hferlohn; Feilenhauer W. Hoppe; Herford: Josef Jwiener-Bielefeld; Bielefeld: Slomke; Halle a. S.: Grothe, Kaulisch und Krüger; XVIII. sächsischer Wahlkreis: Schmidt-Zwickau, Goldy-Crimmitschau und Vogel-Marienhal; Mainz: Abg. Jöst und Schuhmacher Konrad; München: Birck, Gieschel, Urban, Goehnsberger, Vollmar und Schmidt; Lübeck: Schwarz und Vape; Osnabrück: Weber Schrader; Lüneburg: Tapezierer Kreschmer; Nordhausen i. Thür.: Glocke-Berlin und A. Gengel-Nordhausen; Königsberg: Tischler Lorenz; Nürnberg: Grillenberger, Gisinger und Breder; Jülich: Mechaniker Beck; Kaiserslautern: Dr. Mühl; Karlsruhe: Rechtsanwalt Guttenstein und Photograph Bolderauer; Mannheim: Dreßbach, Hänsler, Thiel; Wiesbaden: Emil Fleischmann und Liebknecht; Hamburg I.: Schweer, Dübbers, Lüttjens; II.: Stengele, Gottschalk, Hiltner; III.: Schwarz, Baumgarten, Meyer; Altona: Mollenbuhr; XIX. hannoverscher Wahlkreis: Jensen-Stade; VIII. hannoverscher Wahlkreis: Becker-Linden, Sittig und Potthast-Hannover; Offenbach: J. Ors; Freiburg i. Br.: Schuhmacher Gang; Würzburg: Segitz-Fürth und Ulrich-Heidingsfeld; Stuttgart: Fritz Perbert; Randow-Greifenhagen: Borkmann-Grabow; Lahr: Dr. Mühl; Frankfurt a. O.: Faber und Behrend; Weizen a. O.: Salomon; Forst i. L.: Karl Urban.

Drüben wie hüben und hüben wie drüben. Auf dem Pariser Kongress entspann sich ein Streit darüber, die Bourgeoisie welches Landes wohl die schlechteste sei. Jeder glaubte in seinem Land die schlechteste zu haben, bis Liebknecht den Streit dadurch schlichtete, daß er unter allseitigem Beifall erklärte:

Jedes Land hat die schlechteste Bourgeoisie — die Bourgeoisie ist sich überall gleich.

Und das dürfte wohl stimmen. So meldeten wir dieser Tage, wie deutsche Bourgeoisblätter uns Landesverrath vorwarfen, weil uns ausländische Sozialisten zum 1. Oktober beglückwünscht hätten. Und heute lesen wir in einem Pariser Bourgeoisblatt, dem „Temps“, die französischen Sozialisten, die uns deutsche beglückwünscht hätten, die Interessen ihres Landes verrathen. Man sieht, nicht bloß die deutschen Bourgeois leiden an Stirnerweichung.

Ein sentimentalischer Fälscher. Durch die „Bourgeoisie“ und sonstige Reaktionspresse geht nachstehende, dem „Schwäbischen Merkur“, einem der berühmtesten Kartellblätter entnommene Klüß-Notiz mit der wehmütigen Inschrift „Ein st und Feht“:

In unserer Jugend Tagen, da ein einiges deutsches Vaterland noch ein bloßes Gedankending, bei besseren und schwungvolleren Naturen ein Gegenstand der Sehnsucht und Hoffnung war, da begeisterten wir uns für jenes bekannte Lied von „Eingeliebt, Die Verbannten“, in welchem der Dichter 6 dunkle Ehrenmänner, und zwar einen Russen, einen Spanier, einen Griechen, einen Schweizer, einen polnischen Juden und einen Deutschen, in irgend einer Schenke zusammentreffen und ihr Schicksal erzählen läßt. Alle sind aus ihrem Vaterland vertrieben und jeder beschließt die Erzählung seines Abenteuerlebens mit einem Blick auf sein Vaterland, bis die Reihe des Erzählens an den Deutschen kommt, dem die Spießgesellen zurufen: „Komm' Deutscher, nimm Dein Glas zur Hand und thue, wie wir thaten, ras' Peter auf Dein Vaterland, das Land, das Dich verrathen!“ Der Deutsche aber ruft mit hocherhobener Stimme: „Das wolle Gott im Himmel nicht, daß Solches je geschehe! Nein, er mit deutscher Junge spricht, ruft Deutschland niemals wehe! Und wenn ich sie, die mich verrathen, nie wiedersehen werde, mein lezt' Gebet und Wort bleibt dies: Gott schütze die deutsche Erde!“ — Mit schmerzlicher Wehmuth haben wir uns dieses herrlichen Liedes erinnert, als wir in den Berichten über die Feite der Aufhebung des Sozialistengesetzes, die in verschiedenen Berliner Lokalen von den Sozialdemokraten zum Theil mit „Hissen einer rothen Fahne“ veranstaltet wurde, lasen, daß in einem dieser Lokale der Gesang des sogenannten Weberliedes mit tausendstimmigem Beifall und Jubel aufgenommen worden sei, dessen Schlupfstein lautet: „Deutschland, wir weben dein Reichentuch, wir weben hinein den zwiefachen Fluch!“ Als Deutschland noch keine Nation war, sondern ein machtloses, in sich zerfallenes, den Spott der Nationen herausforderndes Gebilde, da hieß es: „Mein lezt' Gebet und Wort bleibt dies: Gott schütze die deutsche Erde!“ Und heute, da wir endlich und endlich nach langen Hoffen und Ringen eine gedachte Nation geworden sind, da bringen es Bürger des Deutschen Reiches fertig, zu singen: „Deutschland, wir weben dein Reichentuch und weben hinein den zwiefachen Fluch!“ Und die das singen, werden von Tausenden bejubelt! Es ist ein Aukbit, der die bittersten Empfindungen erregt, und dieser Eindruck verstärkt sich bei der Erwägung, daß ein Franzose oder ein Engländer so etwas doch niemals fertig bringen würde, geschweige eine aus Tausenden bestehende französische oder englische Versammlung. Das Bitterste indessen ist der Gedanke, daß wir uns sagen müssen: Die so gesungen haben und diejenigen, die Beifall geflucht haben, sind doch meist nur bethörte Leute aus den Volksschichten, denen eine selbstständige Einsicht in politische Verhältnisse mangelt; aber was soll man von denen denken, die, als Führer anderer Parteien, es fertig bringen, mit den Leitern solcher Versammlungen politische Bündnisse zu schließen?

Dies der weinerliche, vielleicht auch weinselige Erguß. Wer ihn liest und einem patriotischen Kartellbruder aufs Wort glaubt, muß denken: Das sind doch schreckliche Kerle, diese Sozialdemokraten, die ihr Vaterland versuchen. Wer aber einem patriotischen Kartellbruder nicht aufs Wort glaubt, der sagt sich: da muß irgend etwas nicht ganz richtig sein. Und so ist es denn auch. Eine Karte kann das Manien, ein Kartellbruder das Lügen und Falschen nicht lassen. Der Refrain des herrlichen Weberliedes von Feine heißt nur im ersten Verse:

„Deutschland wir weben dein Reichentuch“,
Im Schlupfstein lautet der, den Inhalt des
Liedes zusammenfassende Refrain:
„Alt-Deutschland, wir weben dein Reichentuch,
Wir weben hinein den dreifachen Fluch,
Wir weben, wir weben.“
Alt-Deutschland und Deutschland ist aber ein himmelweiter Unterschied. Und heute heißt Alt-Deutschland das Deutschland des Sozialistengesetzes, das Deutsch-

land der Bismard, Puttkamer, Jhring-Mah-Low und Konforten, das Deutschland der Brot- und Fleischvertheurer, das Deutschland der Kartellbrüder — kurz, das Deutschland derjenigen Parteien und derjenigen Praktiken, von denen unser Vaterland aus Grundsicht zu befreien die heiligste Pflicht jedes wahren Patrioten ist. Kurz, die larmoyante Käsenotiz läuft auf eine niederträchtige Fälschung hinaus. Unsere Feinde nennen das „Kampf mit geistigen Waffen!“

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ bemüht sich in einem spaltenlangen Artikel den Nachweis zu liefern, daß die Beseitigung des Sozialistengesetzes den Nationalliberalen sehr angenehm sei. Daß die gesammte nationalliberale Presse bis zum letzten Augenblick um die Erneuerung des Sozialistengesetzes bettelt und für den Fall der Beseitigung die fürchterlichsten Dinge ankündigt, war natürlich bloße Verstellung.

„All die dummen Lügen, mit denen man die Sozialdemokratie in den siebenziger Jahren belämpfte, werden jetzt wieder hervorgeholt. Eine der beliebtesten Erfindungen, die das Herz jedes Kleinbürgers erfreute, war damals auch die Behauptung, den sozialdemokratischen Arbeitern fehle es an Opfermuth; dramatisch wurde geschildert, wenn sich bei einer Zellersammlung jeder Versammlungsbefucher zu brüden suchte, so daß schließlich das Resultat ein Hosenknopf oder ein falscher „Dreier“ war. Diesen Witz verstand der Philister; war er doch so recht auf seine eigene Schamlosigkeit und Knüderlei zugeschnitten. Inzwischen ist das Sozialistengesetz vorüber gegangen, und die unvergleichlichen Opfer, die während dieser Zeit von den Genossen überall gebracht wurden, waren so offenbar, daß sie auch von den Gegnern nicht mehr in Abrede gestellt werden konnten. Und da kommt das „Berliner Tagebl.“ und erzählt seinen Lesern, in Guben hätte eine Versammlung zur Wahl eines Delegierten nach Halle stattgefunden und da — doch lassen wir das Blatt den angeleglichen Vorgang selber schildern: „... kam der Kostpunkt zur Sprache, und es wurde beschlossen, eine Zellersammlung zu veranstalten, um die in Höhe von 40 M. bewilligten Reisekosten aufzubringen. Raum begann aber der Teller die Kunde zu machen, da wurde es lechter und lechter im Saal, und von den ursprünglich zugegen gewesenen 140 Sozialdemokraten waren nur noch etwa 40 anwesend, so daß wahrscheinlich Herr Bernat (das ist der Name des gewählten Delegierten), wenn er sein Recht vor den Korpphän des Parteitages leuchten lassen will, dies auf eigene Kosten thun müssen. — Die ganze Geschichte ist natürlich erlogen, aber das „Berliner Tagebl.“ mag wohl wissen, was es seinen Lesern alles bieten darf.“

Der Minister des Innern, Herr Herrfurth und der Eisenbahnminister, Herr von Maybach sollen wackeln. Als Nachfolger des Ersteren wird Herr v. Kölller genannt, weiland Polizeidirektor von Frankfurt (mit Miquel als Bürgermeister), jetzt Unterstaatssekretär für Elsaß-Lothringen. Vorläufig handelt es sich nur noch um Gerüchte; daß Herr Herrfurth sich durch seinen famosen Erlaß in Widerspruch mit den kaiserlichen Erlassen gesetzt hat, ist noch kein Grund für seine Entfernung aus dem Amt. Herr v. Kölller paßt allerdings in die „neueste Aera“ und würde sich auch mit Herrn Hinzpeter, der eine Denkschrift gegen die Kohlenbarone ausgearbeitet haben soll, recht gut vertragen.

Von dem Geh. Ober-Regierungsrath v. Jedlich-Menkird hatte die „Saale-Ztg.“ behauptet, er sei an den „Berl. Polit. Nachr.“ des bekannten Schweinert sehr stark finanziell beteiligt. Daraufhin hat Herr v. Jedlich der „Frankf. Ztg.“, welche diese Nachricht übernommen hatte, folgende Berichtigung geschickt: „Ich bin weder als Kompagnon an der Korrespondenz „Berl. Polit. Nachr.“ beteiligt, noch stehe ich zu derselben überhaupt in geschäftlichen Beziehungen und insbesondere nicht in solchen, aus welchen mir eine erhebliche Einnahme erwächte.“ — Man kann der Berichtigung entnehmen, daß Herr v. Jedlich zwar keine erheblichen, aber doch immerhin Einnahmen aus den „Berl. Polit. Nachr.“ gehabt hat, und es wäre da sehr interessant, zu erfahren, aus welchen Diensten diese Einnahmen hervorgegangen sind.

Eine Roggenschwänze scheint auf der Berliner Getreidebörse im Gange zu sein. Man berichtet der „Kreuzztg.“ darüber: „An der Berliner Börse hört man jetzt nur allein davon sprechen, daß Herr Joseph S. und die Herren Marxus und David K., sehr reiche Leute, die nur durch Getreidepekulation ihr Geld verdient haben, ungeheure Quantitäten Roggen für Oktober gekauft haben und sich durch notariellen Vertrag bei hohen Konventionstrafen verpflichtet haben, daß Einer ohne den Andern nichts von dem Quantum verkaufen darf, damit die Preise auch nicht einen Wenig billiger werden. Ein gleiches Mandat hatten diese Leute schon im Monat August gemacht.“ — Die „Kreuzztg.“ bringt die Vornamen der Spekulanten natürlich nur deshalb, weil sie jüdisch klingen. Sie sollte doch eigentlich wissen, daß in der Heimath dieser „Schwänze“ und Ringbildungen, in Amerika, die „reimsten Christen die Anfänger kapitalistischen Raubzüge sind. Und hat sie die Namen der „christlichen“ Firmen vergessen, die den Magdeburger Jüderung geschlossen und die letzte große Hamburger „Kaffeeschwänze“ verucht haben?

Die letzte vor einigen Tagen vollzogene Landtagswahl in den niederösterreichischen Städten hat abermals ein gewaltiges Anwachsen des Antisemitismus, insbesondere in Wien, gebracht. Das liberal-antidemokratische „Vaterland“ jubelt und die deutsch-liberale Presse trauert im Saal und in der Ache. Von zehn Wahlbezirken sind fünf im ersten Ansturm von den Antisemiten erobert worden, in einem sechsten hat eine Nachwahl zu entscheiden, und es ist ein weiterer Sieg der Antisemiten nicht ausgeschlossen, da die Schönerer'schen Deutschnationalen den Ausschlag geben. Feste Burgen des Liberalismus in Wien sind nur die Leopoldstadt und die Innere Stadt; in letztere freilich hat früher bereits der liberal-antidemokratische Wreche geschossen. Es begreift sich daher, daß die liberalen Blätter eine trübe Zukunft prognostizieren. Ein solches Resultat war nur möglich, weil die große Masse Arbeiter von der Wahl ausgeschlossen ist. Das Wahlrecht ist nämlich an einen Zensus von 5 Gulden gebunden. Der Liberalismus hat sich total abgewirkt, der politisch verbodene Kleinbürger segelt im Schlepptau des Antisemitismus, er sieht in den Juden die Wurzel alles Uebels. Mit bitterem Hohn schreibt unser Bruderblatt, die „Wiener Arb.-Ztg.“, am Tage vor der Wahl: „Die politisch reifen Bürger gehen morgen zur Wahl. Sie haben jedoch ihre Reife glänzend bewiesen, indem sie ihre politischen Dispositionen mit Argumenten führten, die von rohesten Schimpfworten bis zu Dinauswürfen und Messerschlägen anstiegen. Und dieser Pöbel in Seidenhüten und mit Schmoerbüchchen hält sich für einzig berufen, für das Volk Politik zu machen. Es ist eine Schande, ein Liberaler zu sein“, rufen die Ainen, „es ist eine Schande, Antisemit zu sein“, schreiben die Andern. Und wirklich ist weder das Eine noch das Andere auch nur im Geringsten ehrenvoll.“ — Die Arbeiterschaft sieht mit verschämten Armen zu und wartet ruhig, bis die wilde Prügellei ein Ende habe und man endlich finden wird, es sei Zeit, auch die anhänglichen Leute mitreden zu lassen. Wir haben das Gefühl, als ob eigentlich allen Beteiligten ihre Situation unheimlich zu werden anfänge; sie fühlen sich nicht mehr recht wohl bei ihrem t. l. ausfallschlichen Privilegium auf die „politische Reife“. Und sie haben guten Grund dazu. — Noch etwas ist interessant. Während unsere national-liberale Presse, die wackere „Kölnische Zeitung“ voran, nach dem Ausfall der letzten deutschen Wahlen Tränen gegen das allgemeine Wahlrecht loßläßt und diese „rohe Gleichmagerlei“ aus der Welt geschafft wissen will, kommen die liberalen Wiener Blätter zu den umgekehrten Schlüssen. Die „Neue Freie Presse“ schreibt im

ersten Jorn über den Wahlausfall: „Muß sich nicht mit verdoppeltem Nachdruck die Frage erheben, welcher vernünftige Grund dafür spricht, daß man bei der Erweiterung des Wahlrechts bei dem Fünfgulden-Zensus stehen geblieben ist? Wenn in der Ausübung des Landtags- und Reichsrathswahlrechts kein Unterschied mehr anerkannt wird zwischen dem Fünfgulden-Mann und dem Höchstbesteuerten des ersten Wahlkörpers, warum besteht dieser Unterschied noch zwischen dem Fünfgulden-Mann und demjenigen, der weniger oder gar keine direkte Steuer zahlt? Ja, warum? Wer macht denn die Besche? Sicherlich ist die Arbeiterbevölkerung, die heute noch politisch rechtlos ist, durchweg politisch viel reifer, als wie die Fünfgulden-Männer, und allzu lange wird man wohl auch in Oesterreich das allgemeine Wahlrecht nicht mehr verweigern können. Ob aber dann den Schmerzen der liberalen Großbourgeoisie abgeholfen wird? Wir glauben kaum. Die Antisemiten werden sie dann wohl los werden, aber an deren Stelle werden die Klassenbewußten Vertreter des Proletariats im Parlament Platz nehmen, und in den Augen der Bourgeoisie ist das doch weiter nichts, als den Teufel durch Beelzebub ausgetrieben.“

„Heberschätzung des Großbetriebes“ wirft Herr Eugen Richter der Sozialdemokratie vor. Für ihn ist es ein Märchen, daß der Kleinbetrieb durch den Großbetrieb verdrängt wird. Beweis: In Deutschland giebt es 3 048 007 landwirthschaftliche Betriebe mit 5 376 765 unselbstständigen Arbeitern, es kommen also auf den Betrieb durchschnittlich noch nicht 2 Arbeiter. Das von den 3 Millionen Betrieben der überaus größte Theil nur Zwergwirthschaften sind, deren Inhaber theilweise selbst noch für den Großbetrieb arbeiten, und daß der größte Theil der unselbstständigen Arbeiter sich auf die geringe Anzahl der Großbetriebe vertheilt, daß die Kleinbetriebe nur einen geringen Prozentsatz des Grund und Bodens bewirtschaften, das mitzutheilen paßt nicht in den Kram des Herrn Richter. Der Landwirthschaft ist vollauf gedolten, wenn nur die Fideikommiss- und Majorate aufgehoben werden.

Noch toller springt Herr Richter mit der Statistik betreffs Handel und Industrie um. „In gewissem Grade“ läßt er das Vorwiegende der Großindustrie nur gelten im Bergbau, der Metallverarbeitung, der Maschinenfabrikation und der Textilindustrie, also nur in den Hauptindustrien. Auch hier springt er mit statistischen Zahlen eigenthümlich herum. Es gab im Jahre 1882 in Deutschland 3 005 457 industrielle Hauptbetriebe, in denen 7 340 798 Personen beschäftigt waren, also durchschnittlich im Betriebe nur 2 1/2 Personen. Es gab überhaupt nur 97 169 industrielle Hauptbetriebe, in denen mehr als 5 Personen beschäftigt waren. Er verschweigt aber, wie viel Arbeiter auf diese, und wie viel auf jene fast 3 Millionen Kleinbetriebe fallen, so wie, daß von diesen die überwiegend große Mehrzahl ohne Gehlten oder mit höchstens einem Gehlten arbeiten; endlich daß ein großer Theil der Kleinbetriebe, wie beispielsweise Weber, nur für den Großbetrieb arbeiten. Einen Beweis dafür, daß auch im Handel der Kleinbetrieb nicht vom Großbetrieb verdrängt wird, sieht er in dem stetigen Wachsen der Kleinbetriebe. Die hunderttausende kleine Hötter, Flaschenbierhändler, Grünträmer u. s. w., die meistens nur eine kümmerliche Existenz fristen, sieht er als ein Emporkleben des Kleinhandels an, während in Wirklichkeit nur die Noth, die Arbeitslosigkeit so viele Tausende dazu treiben, im Kleinhandel, in der Hötterei eine nothdürftige Existenz zu suchen, die immer schwieriger wird, je größer die Zahl Derer wird, die diesen Zweigwirthschaftsweg suchen. Freilich für Eugen Richter wäre selbst die Zahl der Kinder, welche mit Streichhölzern und Blumensträußchen handeln, ein Zeichen der Blüthe des Kleinhandels. Er würde sie der geringen Zahl der Großhändler entgegenstellen und daraus demonstrieren, daß diese ja nur von geringer Bedeutung seien, wenn auch nur ein einziger von ihnen einen größeren Umsatz macht, wie tausende von Jenen.

Wahrlich, es ist schon Vieles auf dem Gebiete des Unsinns im Kampfe mit der Sozialdemokratie geleistet worden, aber es wird noch weit überboten durch die Leistungen der Eugen Richter'schen Unwissenheit. Und das nennt er „geistige Waffen“, mit denen er die Sozialdemokratie überwinden will!

Noch nicht reaktionär genug sind dem Kleinmeister- und Unternehmertum die in der Gewerbeordnungs-Novelle der Regierung vorgeschlagenen, gegen die Arbeiter gerichteten Strafbestimmungen. So hat ein Gewerbeamtstag folgenden Antrag der Gewerbeamtstag Hamburg angenommen: „Der Gewerbeamtstag erkennt die Minderungen und Zusätze, welche § 153 der Gewerbeordnung nach dem Entwurf erhalten soll, als Verbesserungen an, hält es jedoch für wünschenswerth, daß noch eine weitere Ergänzung befügt werde, nämlich: In Absatz 1 wird hinter „Drohungen“ eingeschaltet „durch Belästigungen“. Sodann soll ein neuer Absatz eingefügt werden, welcher lautet: Als Belästigung im Sinne dieses Gesetzes gilt: Das Wegnehmen oder Verstecken von Kleidern oder Werkzeugen oder sonstigen Gebrauchsgegenständen, die Verwendung in dem Gebrauch von Werkzeugen, das Nachgehen von Straße zu Straße, sowie die Aufstellung von Posten in der Nähe der Arbeitsstätte oder anderer Lokale.“ — Wenn schon, denn schon. Warum haben die wackeren Beschützer der armen, von den unbotmäßigen Arbeitern arg bedrückten Handwerksmeister und Unternehmer denn nicht gleich verlangt, daß den Streikenden überhaupt verboten wird, sich auf der Straße sehen zu lassen. Nur immer lustig vorwärts und nicht auf halbem Wege stehen geblieben. Je toller, je besser.

Ein Glück, daß „Er“ dem Vaterlande erhalten geblieben ist, „Er“, Bill Bismard, der große Sohn des großen Vaters! Welchen Verlust Deutschland erlitten hätte, wenn auch „Er“, wie sein Vender Herbert den Dienst quittirt und der undankbaren Mittelwelt den Rücken gelehrt hätte, läßt sich so recht erst erkennen, wenn man die Rede liest, die „Er“ als Regierungspräsident von Hannover in einem sogenannten Arbeiterverein dort beim Stiftungsfest gehalten hat. Er sagte da in diesem Verein, den Wenigsten protegirt und Kommerzienräthe mit Tausenden von Mark beschenken, werde der Arbeiter geehrt, bei den Sozialdemokraten aber als Sklave angesehen. — Welche Entdeckung! Wenn „Er“ das sagt, werden wir wohl einwenden müssen.

Guter Rath. Herr Bahig, der Generalsekretär der national-liberalen Partei, hat jüngst in einer national-liberalen Versammlung seinen Parteigenossen in Bezug auf Unterstützung der Presse einen praktischen Rath gegeben. Es solle jeder Parteimann stets eine Postkarte in der Tasche tragen und, wenn er was erfährt, sofort niederschreiben und der betreffenden Zeitung senden. Auch solle man in Restaurationen, Gasthöfen u. s. w. auf die Haltung eines Blattes seiner eigenen Partei dringen und eventuell nur solche Wirthshäuser besuchen, wo auch ein solches Blatt gehalten wird. — Von unseren Parteigenossen wird dieser gute Rath längst befolgt.

Der Lohn der „Jugend“. Aus Mainz, 8. Oktober, wird gemeldet: Das Gouvernement hat den Militärpersonen der hiesigen Garnison das Halten und Lesen der rüber unter sozialdemokratischer Flagge stehenden „Mainzer Nachrichten“ wieder gestattet. — Der Verleger dieses „militärrommen“ Blattes glaubt bekanntlich ein besseres Geschäft zu machen, wenn er die sozialdemokratische Redaktion entzerte. Wenn er sich nur nicht verrecknet hat!

Der Reichstags-Wahlkreis Würzburg ist durch den bereits gemeldeten Tod des Abg. Stöhr (Zentrum) erledigt. In den bevorstehenden Wahlkampf wird die Sozialdemokratie mit voller Kraft eintreten. Dieselbe hat gute Chancen des Erfolges. Bei den letzten Wahlen fielen im ersten Wahlgang 6107 Stimmen auf das Zentrum, 4615 auf den sozialdemokratischen, 2542 auf einen demokratischen und je einige hundert Stimmen auf einen konservativen und national-liberalen Kandidaten. In der Stichwahl wurde Stöhr mit 7980 Stimmen gewählt, sein sozialdemokratischer Gegenkandidat erhielt 6720. Der Wahlkreis war früher schon demokratisch, meist aber liberal vertreten.

*) Nicht „zwiefachen“, wie der fälschende Kartellbruder zitiert

Die Hungerpeitsche. Der angebliche Tumult in Sprottau hat, wie der „Vollst.“ telegraphisch gemeldet wird, die (alle?) Fabrikbesitzer veranlaßt, die Arbeiter unter Androhung gefeh- mäßiger Entlassung zum Austritt aus dem sozialdemokratischen Verein aufzufordern. — Die niedrigste Besinnung gehört dazu, einen Menschen seiner politischen Meinung wegen zu maßregeln. Leider ist diese Besinnung nicht so selten unter dem deutschen Unternehmertum.

Harte Strafe. Aus Dortmund, 8. Oktober, meldet ein Telegramm des „W. L. B.“: „Der Rhein. Westf. Ztg.“ zufolge wurde der Redakteur der „Tremonia“, Lambert Venning, wegen Beleidigung des Geh. Bergrats Bunge, beziehungsweise des hiesigen Oberbergamts durch die Broschüre „Der große Bergarbeiterstreik“ in der heutigen Sitzung der Strafkammer zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten verurteilt.

Aus Hameln schreibt man uns: Am letzten Sonntag war es uns vergönnt, das „Redner-talent“ des Fabrikdirektors Dr. Bittmann aus Hildesheim in einem Vortrage über das Alters- und Invaliditätsgesetz kennen zu lernen. Es hatten sich etwa 100 Personen eingefunden. Der Anfang seiner Rede war, daß er der Sozialdemokratie vorwarf, sie würde dem Gesetze Steine in den Weg legen; Redner ging dann näher auf das Gesetz ein und kam schließlich zu dem Schluß, daß der Arbeiter mit der Hilfe, die das Gesetz giebt, ein „behagliches Leben“ führen könne. Aus dem Vortrage leuchtete eine gewisse Mangelhaftigkeit und Unsicherheit heraus, ob dies am Redner oder am Gesetze selbst gelegen, mag dahingestellt bleiben. Von unserer Seite hat man uns Wort, erhielt es aber natürlich nicht, denn uns zu überlegen sind sie nicht mehr fähig. Sollten das vielleicht ihre eifrigsten Waffen sein, womit sie uns bekämpfen wollen?

Wiesbaden, 4. Oktober. Auf Beschluß der hiesigen Strafkammer wurde die Schließung verschiedener Fachvereine aufgehoben und die Mitglieder dieser Vereine, die unter Anklage gestellt waren, außer Verfolgung gesetzt. Es waren dies: 1 Schriftfeger, 1 Glasermeister, 4 Glasergehilfen, 4 Schreinergehilfen, 2 Schuhmachergehilfen, 1 Schneidermeister, 3 Schneidergehilfen und 6 Maurergehilfen von hier und 1 Maurermeister von Diebrich-Mosbach.

In Sachsen wird lustig auf Grund des Vereinsgesetzes weiter verboten. So meldet man uns aus Jwidau vom 7. d. M., daß eine Versammlung mit der Tagesordnung: 1. Rückblick über das Sozialistengesetz, 2. Der Organisations-Entwurf der sozialdemokratischen Partei — Referent Herr Wilhelm Stolle — vom Rathe der Stadt Jwidau auf Grund des § 5 des Gesetzes über das Vereins- und Versammlungsgesetz vom 22. November 1850 verboten worden ist. — Liegt man solche Verbote, so begreift man nicht, weshalb man in Sachsen überhaupt das Sozialistengesetz gebraucht hat.

Zum Organisations-Entwurf bringt das „Königsberger Volksblatt“ ein „Eingefand“, dessen Verfasser, ein bewährter Genosse, uns um Abdruck bittet. Das „Eingefand“ lautet: Der von der Reichstags-Fraktion ausgearbeitete Organisations-Entwurf ist von der überwiegenden Majorität der Genossen als den derzeitigen Verhältnissen entsprechend befunden worden.

Im Großen und Ganzen habe ich an demselben ebenfalls nichts auszufügen; nur in einigen, relativ nebensächlichen Punkten dürfte im Entwurf eine Verbesserung resp. Ergänzung in Erwägung zu ziehen sein und wünsche ich daher, daß die nachstehenden Vorschläge auf dem Parteikongreß zur Diskussion gebracht werden.

1. Der § 8 bestimmt, daß kein Wahlkreis mehr als 3 Delegirte zum Parteikongreß entsenden darf. Diese Bestimmung ist mehrfach angefochten worden, indem angeführt wurde, daß dabei die Stadtbevölkerung zu kurz komme. Ohne die Berechtigung dieses Einwandes näher zu untersuchen, mache ich nun den Vorschlag, daß Wahlkreise mit weniger als 10 000 Stimmen nur 1 Delegirten, mit 10 000 bis 20 000 Stimmen nicht mehr als 2 Delegirte und mit über 20 000 Stimmen nicht mehr als 3 Delegirte zum Parteikongreß entsenden dürfen. Dadurch wird selbst den Wahlkreisen mit der kleinsten Stimmenzahl Gelegenheit gegeben, auf dem Parteikongreß ihre Ansicht ebenfalls zur Geltung zu bringen und den Zentren unserer Bewegung wird der gewissermaßen doch berechtigte Einwand, eine ihrer großen Stimmengruppen nicht entsprechende Vertretung zu finden, abgeschnitten.

2. Im § 12 fehlt die Bestimmung der Amtsdauer des Parteivorstandes. Der § 9 sagt zwar, daß die Wahl des Parteivorstandes Aufgabe des alljährlich zusammentretenden Parteikongresses sein soll; daraus geht jedoch noch nicht zur Evidenz hervor, daß auch der Parteivorstand alljährlich gewählt werden soll. Um nun jedem Zweifel vorzubeugen, dürfte es jedenfalls ratsam erscheinen, im § 12 klipp und klar zu bestimmen, daß die Wahl des Parteivorstandes auf ein Jahr erfolgt.

3. Der § 19 bestimmt, daß das künftige Zentralorgan den Titel „Vorwärts, Berliner Volksblatt, Zentralorgan der soc. Partei D.“ führen soll. Da nun ein zwingender Grund für die

Weibehaltung der alten Bezeichnung „Berliner Volksblatt“ in dem neuen Zentralorgan „Vorwärts“ nicht vorliegt, andererseits aber der Titel in der vorgeschlagenen Fassung unlegbar sehr schwerfällig ist, so dürfte es zweckmäßig sein, den Passus „Berliner Volksblatt“ zu streichen und das Blatt einfach: „Vorwärts“, Zentralorgan der soc. Partei D. zu benennen, damit das Auge des Lesers nicht täglich durch den schwerfälligen Titelkopf des Blattes beleidigt wird.

Schweiz.

Bern, 8. Oktober. Der gestern aus dem Tessin hier eingetroffene Bundeskommissar Künzli wird heute dem Bundesrathe mündlich Bericht erstatten über die Thunlichkeit der sofortigen Wiedereinführung der Regierung, über die Fortdauer des Kommissariats und der Okkupation sowie über das zukünftige Verhältnis des Kommissars gegenüber der Regierung. Die Infanteriebataillone Nr. 88 und 89 werden heute aus Tessin zurückkehren und morgen hier entlassen werden. Die Bataillone Nr. 40 und 46 sowie ein Kavallerieregiment verbleiben noch daselbst. Seit gestern beräth der Ständerath über die Tessiner Angelegenheit. Die Minderheit des Ausschusses befreit dem Bundesrathe das Recht zur Suspendirung einer Kantonsregierung.

Basel, 6. Oktober. Die Versammlung, welche die deutsche sozialdemokratische Mitgliedschaft bei Anlaß der Aufhebung des Sozialistengesetzes auf Mittwoch Abend in den Safranfaal einberufen hatte, war, wie uns mitgetheilt wird — wir selbst konnten leider derselben nicht beiwohnen, da wir den gleichzeitig stattfindenden Vortrag Fürstheim's anhörten — zahlreich besucht. Genosse Francois Martin referirte unter Beifall.

In der Versammlung kamen auch die jüngst wider die alten, bewährten Führer der Partei in Deutschland erhobenen Vorwürfe zur Sprache. Es führte dies zur einstimmigen Annahme der folgenden, von den deutschen Genossen in Zürich unlängst gefaßten Resolution:

„In Erwägung, daß bei den leztthin stattgehabten bedauerlichen Auseinandersetzungen in der sozialdemokratischen Partei die Genossen Bebel und Auer als ungerechtfertigt angegriffen erschienen und sie die berechtigten Grenzen der Vertheidigung gegen die maßlosen Vorwürfe ihrer Gegner in keiner Weise überschritten haben;

in Erwägung ferner, daß die der sozialdemokratischen Fraktion gemachten Vorwürfe der Korruption und der Herrschaft durch nichts erwiesen und innerlich haltlos sind;

in Erwägung endlich, daß diese Angriffe geeignet sind, das Parteivertauen zu schädigen und den Machinationen der Reaktionäre und der Polizei, bewußt oder unbewußt, Vorschub zu leisten;

aus diesen Gründen spricht die heutige Versammlung der Deutschen Sozialisten der Parteileitung der deutschen Sozialdemokratie ihr unerschüttertes Vertrauen aus, weist die gegen sie und ihre Mitglieder gerichteten Vorwürfe entschieden zurück und erwartet zuversichtlich, daß in Zukunft derartige Vorkommnisse vermieden werden.“

Dänemark.

Kopenhagen, den 5. Oktober. Arbeitern, welche auf den Staatswerken beschäftigt sein wollten, soll dem „Sozialdemokrat“ zufolge unmittelbar nach den Wahlmännervahlen der Nachweis darüber abverlangt worden sein, ob sie Mitglieder eines Rechten-Vereins wären, in welchem Falle sie nur Arbeit erhalten könnten. Infolgedessen habe sich eine Deputation mit Herrn Nyrop an der Spitze zum Marineminister Raon begeben, um zu erfahren, ob diese Forderung mit seinem Einverständnis gestellt worden sei. Der Minister habe erklärt, daß dies ohne sein Wissen und Wollen geschehen, und er habe versprochen, daß derartige Nachfragen ferner nicht mehr erfolge. Dagegen sei er nicht damit einverstanden gewesen, Mitgliedern von Fachvereinen freien und gleichen Zutritt zur Arbeit in den Staatswerkstätten zu gewähren.

Großbritannien.

Die Arbeiterbewegung in England schreitet rüstig vorwärts und aus allen Theilen des Königreiches treffen Meldungen über neue Vereinsbildungen und Interessenkoalitionen ein. Der seit einiger Zeit in London in Bildung begriffene Kirchen-Gewerkeverein hat sich unter dem Titel: „Journemen Furriers“ London Trade Union konstituirte. Der Verein bezweckt, zur Unterstützung, unter gewissen Bedingungen, seiner arbeitslosen oder streikenden Mitglieder und zum Schutze und allgemeinen Nutzen des Gewerbes Gelder aufzubringen. Der Verwaltungsrath besteht aus 17 Mitgliedern, einschließlich Präsident, Vizepräsident, einem englischen und einem auswärtigen Sekretär, einem Schatzmeister und zwölf Beisitzenden, zur Hälfte Engländer, zur Hälfte Ausländer. Der erste Jahreskongreß der neugebildeten Verbandes der britischen Dock-, Werften- und Uferarbeiter brachte am Sonnabend seine Arbeiten zum Abschluß. Einer der zuletzt gefaßten Beschlüsse richtete sich gegen die Heranziehung ausländischer Arbeitskräfte als Ersatz für heimische Arbeiter im Falle von Ausständen. Die Delegirten

wurden angewiesen, jeden möglichen Druck auf lokalen Parlamentsmitglieder auszuüben, um die Annahme eines Gesetzes zu fördern, welches die Zuzugnahme fremder Arbeitskräfte für obenerwähnten Zweck verbietet. Nach langem Erwägung entschied der Kongreß, daß der achtstündige Arbeitstag auf die Arbeit in den Docks nicht anwendbar sei, aber drückte seinen Entschluß aus, daß System der 48stündigen Arbeitszeit Woche zu sichern, wo es nur möglich sei.

In mehreren in verschiedenen Theilen Londons abgehaltenen Arbeiterversammlungen wurde es von den Rednern scharf gerügt, daß die Regierung sich so schnell bereit gefunden der Verwaltung der Gas Light and Coke Company, welche den Ausbruch eines Ausstandes unter ihrem Arbeiterpersonal befürchtete, militärischen Schutz angedeihen zu lassen. Es wurde nicht die Pflicht der Regierung, Militär und Polizei gegen Arbeiter in Arbeitsstreitigkeiten zu verwenden und sie würde wohl handeln, sich künftighin in Arbeiterfragen neutral zu verhalten.

Die Kohlenbergwerks-Besitzer von Northumberland beschloß in einer am 4. d. M. in Newcastle abgehaltenen Konferenz, die Löhne ihrer Arbeiter um weitere 1 1/4 pCt. zu erhöhen, was bei dem großen Ausstand in 1881 eine Gesamtterhöhung von 50 pCt. ausmacht.

London, 7. Oktober. Eine Depesche aus Glasgow meldet, daß der Streik der Hochofenarbeiter noch fortbauere und keine Aussicht auf eine Lösung vorhanden sei. Die Eisenwerke beginnen zu verkaufen, um die gegenwärtige Lage auszuhalten, wodurch eine Preisreduktion herbeigeführt wurde. — 6000 Arbeiter in Fifehire beschloßen zu streiken, wenn ihnen die geforderte Lohnerhöhung von 15 pCt. nicht bewilligt werde.

Daß wenigstens eine schwere Nothlage in Irland vor der Thür steht, beginnen Vertreter der englischen Regierung allmählich zuzugeden. Man meldet der „Voss. Ztg.“: London, 8. Oktober. Kriegsminister Stanhope hielt gestern in Hornsea eine Ansprache an eine konservative Arbeiterversammlung. Im Verlaufe derselben sagte er, die Hungersnoth in Irland bestehe nur in der Einbildungskraft der parnellitischen Führer. Die Hungersnoth könne keine Rede sein, aber in vielen Bezirken Irlands stehe man allerdings vor einem großen fürchterlichen Mißrathen der Kartoffelernte. Die Regierung würde jedoch zur Bewältigung des drohenden Nothstandes erforderlichen Maßregeln ergreifen und den ärmeren Bezirken, deren örtliche Hilfsquellen erschöpft werden dürfte, würde die Reichskasse die Arme greifen.

Frankreich.

Paris, 8. Oktober. Der Boulangist Mermeig, welcher seit viel genannt als Verfasser der im „Figaro“ erschienenen „Kulissen des Boulangismus“, ist am der Verwundung, welche am 15. September im Duell mit Dumontel erlitt, gestern Abend gestorben.

Spanien.

Madrid, 8. Oktober. In Barcelona sind vorgeg. 10 Cholerafälle konstatiert worden, von denen 2 einen tödtlichen Verlauf nahmen. Gestern sind 2 Fälle vorgekommen.

Amerika.

Wie unsicher die politischen Verhältnisse in Argentinien noch immer sind, geht aus folgender Depesche des „Neuerischen Bureau“ aus Buenos Ayres vom 7. d. M. hervor, welche die Kopflosigkeit der Regierung deutlich zeigt. Gestern Abend herrschte hier eine fast panikartige Erregung infolge der Nachricht, daß eine neue Revolution auszubrochen sei. Die Truppen wurden ausgedoten, Kavalleriepatrouillen durch die Straßen und die Polizei hielt sich bewaffnet mit wehren bereit. Truppenverstärkungen, darunter Artillerie, übernahm den Oberbefehl über die Flotte, deren Schiffe zum Gefecht gemacht wurden. Zahlreiche Deputirte und Senatoren blieben während der ganzen Nacht im Hause des Präsidenten. Letzterer und der Minister des Innern, General Roca, wurden durch den Kriegsminister zur Sicherung ihrer Person in die Kasernen geleitet. Schließlich wurden die alarmirenden Nachrichten darauf zurückgeführt, daß einige Sergeanten zwei garnisonirende Regimenter aufzuwiegen versucht hatten. In der That herrschte überall Ruhe.“

Australien.

Melbourne, 7. Oktober. Infolge des Ausstandes der Bergarbeiter erschöpfen die hiesigen Hüttenwerke den Rohvorrath. Viele Hüttenarbeiter sind bereits entlassen. Ein gemeiner Stillstand des Betriebes ist zu gewärtigen.

Die Expeditionen sämtlicher Parteiblätter werden gebeten, während des Parteitag einige Exemplare ihrer Zeitung regelmäßig an die Adresse des Parteitagstages nach Halle a. S. zu senden.

Der Fraktionsvorstand.

Theater.

Donnerstag, den 9. Oktober.
Opernhaus. Bohengrin.
Schauspielhaus. Geschichte Gottfriedens von Berlichingen mit der eisernen Hand.
Berliner Theater. Eva.
Deutsches Theater. Die Haudenlerche.
Festung-Theater. Im Spiegel.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Die Fledermaus. Die Puppenfee.
Wallner-Theater. Der Bauern- doktor. Pension Schöller.
Resident-Theater. Terceol.
Victoria-Theater. Die Million.
Polka-Theater. Mein junger Mann.
Ostend-Theater. Othello, der Mohr von Venedig.
Thomas-Theater. Die Strohmittwe.
Adolph Ernst-Theater. Unsere Don Juans.
Kaufmann's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Concordia. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Gebr. Richter's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Wintergarten. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Vasage I Cr. 9 Uhr M. 5. 10 Uhr M.
Kaiser-Panorama.
Hervorrag. Sehenswürdigkeit seit der Revidenz.
Zum ersten Male:
Neu: Helgoland. Uebergabe. Ankunft des Kaisers. Feldgottesdienst etc.
Zweite Reise durch Portugal.
I. Capt. Pariser Weltumseglung.
Eine Reise 20 Pf., Kind nur 10 Pf.
Abonnement 1 M.

Circus G. Schumann.

Friedrich-Karl-Wer.
Donnerstag, den 9. Oktober,
Abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Extra-Vorstellung.
Mr. und Mrs. Brown auf Reisen.
Urkommliche Szene. Spezialität: Frl. Brose. Schulquadrille, ger. m. 4 Rapphengsten von 8 Gebr. Schumann und Herrn Agimoff. Miniatur-Jockey Alfred Leon. Clown Duroff m. neuen Nummern. Auftreten der Reiterinnen Frl. Wilma, Helene, Gerard und Mrs. Victoria Schumann. Musikal. Clowns Gebr. Geretti. Sonntag 2 Vorstellungen, 4 und 8 Uhr.

Englischer Garten.

Direktion: C. Adress, Alexanderstraße 27c.
Margarethe Steinow, Liebes- u. Walzerfängerin.
Anni Carelli, Kostüm-Soubrette.
Herr Rosée, Gesangs-Humorist.
Adolf Gödicke, Mimiker, Stimmen- Imitator und Charakter-Komiker.
Familie Blumenfeld, Parterre-Potpourri, Traßel, Tanz.
Anfang Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 5 1/2 Uhr.
Entree Wochentags u. Sonntags 30 Pf. 50 Pf. und 75 Pf. im Vorverkauf 20 und 30 Pf.

Rohtabak A. Goldschmidt,
Spandauerbrücke 6,
am hiesigen Plage befaumtlich
**Größte Auswahl. Garantirt
sicher brennende Tabake.**
Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.
A. Goldschmidt, Spandauerbr. 6,
am Ecker'schen Markt. 748

Castan's Panopticum.

Entrée 50 Pfg.,
Kinder 25 Pfg.
8. 9 Uhr Morgens
bis 10 Uhr
Abends.
Amazonen-Corps
23 Amazonen, 10 Ritter aus Japanen.
Vorstellung
Vorm. 11 1/2 u.
12 1/2 Uhr.
Nachm. v. 4 1/2 - 9 1/2 Uhr
ständl. eine Vorstellung.
Extra-Entrée 30 Pfg.
Kinder frei.

Passage-Panopticum.

Unter den Linden 22/23. 748
**Lebensgroße
Wachsfiguren.**
Panoramen.
Dioramen.
Echnographische
Sammlungen.
**Italienische
Volkslieder.**
Entrée 50 Pf.
Geöffnet von
10 bis 9 Uhr.

Westpreussische Sitz-Bier-Halle.

Neu eröffnet.
Eröffnungsfeier am 10. Okt. cr.
Allen Freunden, Landsleuten und
Kollegen bestens empfohlen.
988
Otto Brost, Manteuffelstr. 5.
Herren, welche geneigt sind, dem
Rauchklub „Nektar“ beizutreten, sind
Donnerstags Abends im Lokale Boyen-
strasse 40 willkommen. 951

Stablissement Buggenhagen

am Moritzplatz.
Täglich:
Grosses Garten-Concert.
Direktion A. Ködman.
Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.
Wochentags 10 Pfg.
Entrée Sonn- und Festtags 25 Pfg.
Bei ungünstiger Witterung in den
unteren Restaurationsräumen.
Großer Frühstücks- und Mittagstisch.
Spezial-Anschank von Pagenhofer
Export-Bier, Seidel 15 Pf.
Die oberen Säle bleiben bis auf
Weiteres wegen Renovirung geschlossen.
641 **F. Müller.**

Gratweil'sche Bierhallen

Kommandantenstr. 77-79.
Täglich:
Grosses Concert
mit Quartett-Gängern,
ausgeführt von dem Musik-Direktor
H. Sanftleben.
Wochentags: **Frei-Concert.**
Sonntags **Entrée 20 Pf.**
Empfehle auch zugleich 8 Billards,
3 Regelbahnen und einen Saal zu Ver-
gügungen und Versammlungen.
703 **F. Sadtke.**

Allen Freunden u. Genossen

zur Nachricht, daß ich Treilow- und
Liedenhofenerstrassen-Café ein
**Weiss- u. Bairisch-
Bierlokal**
eröffnet habe. 980

Emil Schmidt.

**Möbel-, Spiegel- und
Polsterwaaren-**
Fabrik von R. Jgloff, Linienstr. 201,
am Rosenthaler Thor. 989

Evorabräu

in Fässern von 16 Litern an und
in Flaschen — 25 große oder 30
kleine für 3 M. — empfiehlt
Gustav Hering,
N., Berliner Lagerhof, Gebäude 30.
Evorabräu
vom Fass à Glas 10 Pf.
sowie vorzügliches Weißbier em-
pfehlen.
858 **Bruno Feige**,
Markusstrasse 31.
Vereinszimmer mit Klavier.
Blätter liegen aus, Bestellungen
binden und Flaschen werden ent-
nommen.

Rheinländischer Tunnel.

gen.: „Die fidele Nagelkiste“
Berlin N., Esserstraße 78,
gegenüber der Bergstraße.
Jeder Besucher
meines Totals wird prompt be-
dient; derselbe

erhält

auf seine Bestellung Waaren
Werthe von fünf Pfennigen
50 Mark
und darüber.
H. Schultze (mit'n

R. Kohlhard

Mariannenstr. 34.
empfehle seine Buchhandlung u.
binderei, sowie seine Schreib-
waaren-Handlung.

1. Beilage zum Berliner Volksblatt.

Nr. 235.

Donnerstag, den 9. Oktober 1890.

7. Jahrg.

Der Kapitalist als Bürger.

Der moderne Staat wird von einer Menge „Stützen“ getragen. Da ist die Kirche, die sich als unentbehrliche Stütze des Staates aufspielt und namentlich nach ihrer eigenen Behauptung die Hauptstütze des sittlichen Staates ist. Dann kommt das Junkertum, das vornehmlich die zu seinem Vortheil dienenden und nach dieser Seite auch bewährten alten Einrichtungen von Privilegien verteidigt, alle Einrichtungen, ohne deren Erhaltung angeblich die Monarchie erschüttert würde; das Junkertum stützt also in besonderem Maße den monarchischen Staat. Dann kommt das Kleinbürgertum, organisiert in den Innungen, das sich in der Rolle als Stütze des konservativen Staates gefällt und bei jeder Gelegenheit mit großem Geschrei sich den Regierungen zum beliebigen Gebrauche anbietet. Auch das Kleinbürgertum ist von dem Bewußtsein erfüllt, eine kräftige und solide Stütze des Staates zu sein.

Die hauptsächlichste Stütze des modernen Staates ist die Bourgeoisie. Sie betrachtet sich als die Schöpferin und Trägerin des Industrialismus, auf dem der moderne Staat beruht, und der ihm das besondere Gepräge, das er trägt und durch welches er sich vom antiken und feudalen Staate unterscheidet, verliehen hat. Die Bourgeoisie verlangt daher, im Staate die erste Geige spielen zu dürfen, ihn beherrschen zu können, und da sie diese Stellung in der That einnimmt, so ist der Staat von heute der Bourgeoisie, der kapitalistische oder Klassenstaat. Die Wohlfahrt der Bourgeoisie ist der Brennpunkt, in dem alle Interessen der bestehenden Klassen zusammenreffen; das soziale und wirtschaftliche Wohlergehen der Bourgeoisie ist die anscheidende Kraft, die alle politischen Gegensätze der Bestehenden versöhnt.

Da die Bourgeoisie die Rinde der Gesetzgebung in Händen hat und sie ihre Interessen mit denen der Staatswohlfahrt identifiziert, so weiß sie der besonderen Wahrnehmung ihres Klassenvortheils stets eine höhere Weihe zu geben. Sie protestirt gegen eine rationale und ergiebige Einkommensteuer, weil dadurch die bestehenden und staatsverhaltenden Kreise des Bürgerstandes in ungerechter und schwerer Weise belastet und dadurch die Liebe zum Staate erschüttert werden würde. Dagegen tritt sie mit Begeisterung für die fortwährende Steigerung der indirekten Steuern in allen Formen ein, der indirekten Steuern, die nach ihren schamlos fälschenden Behauptungen alle Theile der Bevölkerung „gleichmäßig“ treffen, in That und Wahrheit aber die Bestehenden kaum berühren, dagegen aber die Nichtbestehenden in erheblicher und empfindlicher Weise drücken.

Die Bourgeoisie hat der dreijährigen Dienstzeit zugestimmt, für ihre Söhne jedoch den einjährigen Freiwilligen dienst mit Anspruch auf Offizierspatente ausbedungen.

Die Bourgeoisie bewilligt in der Regel alle von der Regierung geforderten Mehrausgaben, läßt dieselben jedoch durch die Steuern der großen Volksmassen bezahlen.

Die Bourgeoisie mit dem Junkertum schwärmt für die Institution des lebenden Heeres, weil er mit seinen zahlreichen Offiziers- und militärischen Beamtenstellen eine reichliche und angenehme Versorgungsanstalt für die männlichen Sprößlinge bietet. Sie schwärmt für den Militarismus überhaupt, weil er bei seinen großen finanziellen Aufwänden der Industrie und dem Agrarierthum reichliche Gelegenheit darbietet, gute Geschäfte zu machen.

Die Bourgeoisie steht der Besitzwirtschaft des Staates unparteiisch gegenüber, weil sie bei der Ausnahme von staatlichen Anleihen etwas „verdienen“ kann, und weil außerdem die Staatsobligationen für Rentiers eine sichere Kapitalanlage sind.

Die Bourgeoisie hat eine die Gesamtheit belastende Kolonialpolitik inaugurirt, die sehr lothpielig, aber nur den Großkaufleuten und Schiffahrtsbedürfnissen von Nutzen ist.

Die Bourgeoisie perhorrescirt in Staat, Provinz und Gemeinde Alles, was sie irgendwie belasten und ihr nicht von Vortheil sein könnte. Was mit ihren Interessen kollidirt, das bekämpft sie; sie achtet die Gesetze nur insoweit, als sie ihr keinen Nachtheil bringen; sie achtet die gesetzlichen Rechte Anderer nur so lange, als sie selbst davon nicht berührt wird. Das Kapitalistenthum protestirt gegen jede Gesetzgebung, die ihre soziale und politische Herrschaftstellung schmälern und beeinträchtigen könnte. Sie protestirt daher auch gegen jede Sozialreform, die mehr als Blendwerk sein will; sie protestirt gegen jede Besserstellung der Lage der arbeitenden Klassen, weil sie eine Anbahnung an sozialer Macht und eine Verlängerung ihres Profits fürchtet. Sie ist Gegnerin aller politischen Rechte anderer Theile der Nation, wenn dieselben zu einer Schwächung ihrer Machtstellung führen. So strebt sie nach Eskamotierung des allgemeinen Wahlrechts, nach Beschränkung der Vereins- und Versammlungsrechte, der Pressefreiheit, des Koalitionsrechts der Arbeiter — Rechte, die sie selbst jedoch nach wie vor in unverletzter Weise besitzen und ausüben will.

Der Bourgeois, der Kapitalist, ist also nur ein guter und loyaler Bürger, er ist nur patriotisch und ein treuer Anerkannter eines Monarchen und der Obrigkeit, wenn sein Wille geschieht, sein eigene Interessen wahrzunehmen und seine Wohlfahrt zu fördern. In anderen Fällen wird er ohne Bedenken zum Rebellen und er rebellirt gegen Vorgesetzte, gegen Landesherren, gegen offener und verheerter, in rücksichtsloser und diplomatischer Form. Und sein Anwalt, der ökonomische Julian in hinterommerischen Walde, droht gegenüber den Begehrlichkeiten der Arbeiter und den neuen Strömungen mit einem wirtschaftlichen Streik des Kapitals — also mit offener Rebellion, hinter der nicht erst die Hydra der Revolution lauert, sondern die diese revolutionäre Hydra gleich selbst ist.

Das ist der Kapitalist als Bürger. Seine Devise und zugleich seine Ueberzeugung ist: Der Staat, die Nation, das Volk bin ich! Und diesen für die Wohlfahrt des gesamten Volkes so unheilvollen Grundsatz hat die deutsche Bourgeoisie seit mehr als zwei Jahrzehnten in der Gesetzgebung verkörpert und das ganze politische Leben damit zu erfüllen wagt. Es ist hoch an der Zeit, daß diese traffe Klassenherrschaft gebrochen und die übermüthige und grenzenlos arrogante Bourgeoisie in die gebührenden Schranken zurückgewiesen wird. Die Bekämpfung des Klassenstaates hat begonnen, und sie wird mit einem vollständigen Siege beendet werden können. Die Sozialdemokratie wird sich in diesem Kampfe weder durch das Muthwillen und Gewinnsucht noch durch die Verleumdungen der allzu ausgearteten Gegner beirren lassen, sondern unentwegt wie bisher so auch für alle Zukunft der Arbeit ihr volles, unverletztes Recht zu erlangen suchen.

Lokales.

„Ein Wort gegen Polizeimahregeln“ bestellt der freigelegte Reichstags-Abgeordnete Rechtsanwalt Kauffmann ein Schreiben von ihm herausgegebenes Schriftchen, welches das Vereinsrecht behandelt. Kauffmann erörtert den Gegenstand in vortreff-

licher Weise und ohne daß der besondere Parteistandpunkt des Verfassers sehr zum Ausdruck kommt. Mit der Sachkenntnis und Urtheilskraft des Juristen kritisiert er den Zug der Zeit, gegen alle sich zeigenden Schäden der Gesellschaft nach Strafgesetzen und Polizeimahregeln zu rufen. Es wird geklagt über die Verschuldung kleiner Leute, der Beamten u. s. w. — flugs macht man ein Strafgesetz gegen den Bucher. Man klagt über minderwerthige und verfälschte Nahrungsmittel — flugs macht man Strafgesetze betreffend den Verkehr mit Nahrungsmitteln; aber derselbe Gesetzgeber verheuert die Nahrungsmittel, ohne zu berücksichtigen, daß gerade die ärmeren Klassen durch die theuren, ihnen unerschwinglichen Preise guter Waare zum Ankauf minderwerthiger Lebensmittel genöthigt werden. Das ganze öffentliche Leben sucht man mit zahllosen Polizeiverordnungen zu regeln. Der Verfasser giebt alsdann einen Abriss der Geschichte des Vereins- und Versammlungsrechts. Die Eintheilung der Vereine durch das preussische Vereins- und das verlassene Sozialistengesetz war folgende: 1. harmlose Vereine, welche sich nicht mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigen; 2. nicht harmlose Vereine, nach § 2 des Vereinsgesetzes; 3. bössartige Vereine, das sind die politischen Vereine im Sinne des § 8 des Vereinsgesetzes; 4. ganz bössartige Vereine nach § 1 des Sozialistengesetzes, dessen langen Satz der Polizeimensch kurz dahin verstand: alle sozialdemokratischen Vereine. Kauffmann erörtert nun die besonderen Beschränkungen der öffentlichen Angelegenheiten behandelnden und besonders der politischen Vereine und weist überzeugend nach, daß diese Beschränkungen eines Theils unnütz und unberechtigt, anderentheils von schädlicher Wirkung sind. Die Statuten einreichung ist selbst vom polizeilichen Standpunkt betrachtet höchstens eine überflüssige Last. Die Vorschrift, daß die Mitgliederverzeichnisse eingereicht werden müssen, trägt den denunziatorischen Stempel auf der Stirn; sie giebt die bequeme Handhabe, Leute in abhängiger Stellung zu mahregeln. Scharf zu verurtheilen sind Vorsehungsregeln auf Grund polizeilicher Versammlungsberichte; wenn der Hörer gewöhnt ist, die kriminellen Seiten im menschlichen Thun und Treiben herauszufinden und demgemäß nur die sogenannten Kraftstellen, Schlagworte u. dergl. notirt, so liebt sich ein solcher Bericht oft wie ein Gedicht, bei dem man nur die Hauptwörter und die Reime vorliest. Weiterdauer oder Auflösung einer Versammlung sollte allein von dem Leiter der Versammlung abhängen. Kauffmann hegt den — sehr frommen — Wunsch, die Behörden möchten einen Versuch mit der Freigabe der Versammlungen machen und von der Entsendung von Aufsichtsbearbeitern Abstand nehmen; eine solche Praxis würde ohne Aenderung des Gesetzes herbeigeführt werden können, da ja das Gesetz nur eine Befugnis der Ortspolizei zur Entsendung von Beamten, nicht eine Verpflichtung hierzu feststellt. In England und Amerika, wo die Versammlungspolizei in den Händen des Vorstandes liegt, sind die großartigsten Massenversammlungen in vollkommener Ordnung verlaufen. Durch das Verbot politischer Frauenvereine ist nach der reichsgerichtlichen Definition des Begriffes „Politik“ auch jede gewerbliche Vereinigung von Frauen unterdrückt. Der Verfasser plädiert schließlich beredt im Interesse der Gerechtigkeit für die Streichung der sämtlichen sog. Vereinsgesetze, nicht bloß des Sozialistengesetzes, d. h. für volle Versammlungs- und Vereinsfreiheit. Mit Recht Kinder und Schüler mag man überwachen, Verbrecher unter Polizeiaufsicht stellen, aber zielbewußter Männer ist es völlig unwürdig, sich bei ihren Beratungen von Polizeiorganen beaufsichtigen zu lassen, und nicht am Gängelbände der Polizei gelangt ein Volk zu den Höhen der Kultur. Am Schluss des Büchleins findet sich ein Kapitel „Das Vereinswesen in vermögensrechtlicher Beziehung“, worin es getadelt wird, daß der Entwurf des bürgerlichen Gesetzbuches nicht durch den alten Jopf der behördlichen Verleihung von Korporationsrechten einen kräftigen Schnitt macht; übrigens erwartet der Verfasser das Zustandekommen des bürgerlichen Gesetzbuches nicht vor Jahrzehnten.

Das in unserem Volksschulwesen keineswegs Alles so gut und schön ist, wie es vielfach dargestellt wird und das andere Stübe der deutschen Reichshauptstadt auf diesem Gebiete mit Erfolg Konkurrenz machen, ja, das sogar das Ausland und in verschiedenen Punkten, welche das Verhältnis der Schüler zur Schule betreffen, schon über ist, haben wir früher bereits mehrfach betont. Es scheint aber auch, als ob in der bisher so viel gerühmten inneren Schuleinrichtung Manches sauer ist, als man bisher vielleicht geglaubt hat.

Ein Präparanden-Lehrer Kruse veröffentlicht soeben einen Aufsatz gegen die Lernbücher, die er als einen Krebsbuben des Schulunterrichts bezeichnet. Ueberall sollen die Lernbücher das Erfolge, was eigentlich der Lehrer leisten soll. Wohin wir blicken, schreibt Kr., überall tritt die Bedeutung des Lehrers gegen die des Lernbuchs zurück. Des „Schulmeisters“ Thätigkeit besteht eigentlich nur im Schule halten, das heißt darin, für die Aufrechterhaltung der Ordnung zu sorgen, aus den Büchern zum Auswendiglernen aufzugeben, das Auswendiglernen abzuhören und mit dem Lebenswörter „Wafel“ genannt, dem Auswendiglernen den nöthigen Nachdruck zu geben. Der „Schulmeister“ verrichtet nur die Dienste eines Handlangers und beaufsichtigenden Polizisten. Pestalozzi war besorgt, statt des Wortes die Sache, statt des toden Buches das lebendige Wort und die begeisterte Person des Lehrers zu sehen. Aber wie weit ist es diesem Manne gelungen, seine Reformbestrebungen durchzuführen?

Kr. verweist dann auf diejenigen Schulmeister, die noch in unserem Jahrhundert neben dem Schulehalten ihr christliches Gewerbe trieben oder Rörde flochten und Wesen banden. Er ist selbst ein ganzes Jahr lang Schüler eines solchen Lehrers gewesen und giebt ein ergötzliches Bild von diesem Schulehalter. Nachdem am Morgen zur Andacht ein ganzes Kirchenlied gesungen und darauf die herkömmlichen Gebete abgeleiert worden waren, begann die erste Stunde mit Lesen. Während die erste Abtheilung in der Bibel las, wobei Jeder einen Vers, mochte er kurz oder lang sein, abzuwickeln hatte, trieben die anderen Abtheilungen, die noch im sogenannten Evangelien-Buche, im Gesangbuche oder in der Hahnensibel steckten, ihre Altorria. Darauf folgte nacheinander das Lesen der 2., 3. und 4. Abtheilung, während die nicht lesenden älteren Schüler nach den vom Lehrer befohlenen Vorschriften im Schreibbuche schrieben. Wer soviel geschrieben

hatte, wie seine Eltern und deren Vermögensverhältnisse gestatteten, griff zum Landeskatechismus und lernte auswendig. Nach der Pause begann das mechanische Rechnen. Dabei war jeder Schüler ganz allein auf sich angewiesen, wenn nicht ein etwas fortgeschrittener Nachbar sich seiner annahm, denn der Schulehalter sah wie ein König auf seinem Kathederthrone und sorgte für Ruhe und Ordnung. Wer nicht rechnen lernen wollte oder durfte, lernte auch jetzt seinen Katechismus auswendig. So ging's am Montage, am Dienstag und an allen Wochentagen, nur daß an dem gefürchteten Sonnabend statt des Lesens das Verhören des Auswendiggelesenen mit der obligaten Prügelei stattfand. Der Winter brachte infolgedessen eine Abwechslung, als sich am Nachmittag von 1—4 Uhr das Mandover vom Vormittage wiederholte.

Das geschilderte Schulehalten habe zwar — so versichert Kr. — ausgeübt, nicht aber der Mißbrauch der Lernbücher und die mechanische Aneignung eines toden Gedächtnisstroms nach demselben.

Unsere älteren Leser werden vielleicht in der hier gegebenen Schilderung Manches finden, was an die eigene Schulleit lebhaft erinnert. Mancher wird es schmerzlich empfinden, daß ein schöner Theil der zum Lernen geeigneten Zeit mit ziemlich werthlosem Gedächtnisstrom verbracht wurde. Die Bedenken, welche Kruse gegen die Lernbücher vorbringt, deren gänzliche Beseitigung aus dem Unterricht er fordert, scheinen nicht ganz unbegründet und die Frage wohl einer Prüfung bedürftig. Indes, das „hochentwickelte“ Schulwesen schlägt einweilen auf seinen Vorderen!

Zur Beheizung ganzer Stadttheile sind in neuerer Zeit hauptsächlich in Nordamerika Versuche angestellt; man hat dort die Beheizung ganzer Häuserviertel von einer Zentralstelle aus zu bewirken versucht und damit recht gute Erfolge erzielt. Namentlich sind Anlagen für Dampfheizung in New-York so sorgfältig und zweckmäßig durchgeführt worden, daß man in Anbetracht der günstigen Erfahrungen und namentlich auch wegen der erheblich geringeren Kosten für die Heizung selbst eine weitere Verbreitung erwarten darf. Neuerdings ist man nun noch weiter bemüht, nicht allein die Heizung, sondern auch die Versorgung mit frischer Luft, sei es im Erdraume, sei es im abgeklärten Zustande für einzelne, räumlich nicht allzuweit ausgebreitete Stadttheile von einer Zentralstelle aus zu bewirken. Daß für enggebaute, gewerbliche Städte, in denen die von Außen entnommene Luft sich in gesundheitslicher Beziehung in der Regel nicht zur Versorgung von Wohn- und Arbeitsräumen eignet, eine zentrale Luftvertheilungs-Station günstige Erfolge in Aussicht stellt, ist nicht zu bezweifeln. Freilich bleiben noch einige technische Schwierigkeiten zu beseitigen, die namentlich die Verlegung größerer Luftleitungen innerhalb der Straßentrassen und die Erhaltung gleichmäßiger Temperaturen ohne übermäßigen Kostenaufwand betreffen. Eine derartige Unternehmer-Gesellschaft, deren Projekte und theilweise Einrichtungen bereits die Aufmerksamkeit der Vertreter fremder Staaten erregt haben, ist in Washington ins Leben getreten und dort thätig. Sie beabsichtigt ursprünglich, Städte bis zu 50 000 Einwohnern von einer Stelle aus zu versorgen. Es stellen sich jedoch bei der praktischen Einrichtung solcher Anlagen mancherlei Schwierigkeiten heraus und es ergab sich als nöthig, die Ausdehnung des einzelnen Rohrnetzes auf höchstens einen Kilometer Länge zu beschränken und bei besonders dichter Bebauung in Geschäfts- und Wohngebieten eine eigene Betriebsstation anzulegen.

Der Grundgedanke des Systems, nach welchem der Limby-System genannt, ist folgender: An der Zentralstelle befinden sich die entsprechend großen Dampf- oder Heißwasserkesel, durch welche die Haupt-Luftleitung in geschlossenen Röhren hindurchgeführt wird und einen Theil der erzeugten Wärme in sich aufnimmt. In diesen Luftströmen befindet sich ein Dampfrohr, das mit einem Nüßlaufsrohr versehen ist, von dem großen Dampfkesel also ausgeht und wieder zu demselben zurückführt. Hierdurch wird eine gleichmäßige Temperatur in allen Theilen des großen Luftrohrs erzeugt. Diese stets gleichmäßig erwärmte Luft wird mittelst einer Geflüß-Vorrichtung in die Nebenleitungen und von dort in die zu versorgenden Räume getrieben. Durch Messvorrichtungen an den Abzweigstellen wird die Menge der in den einzelnen Räumen verbrauchten Wärme selbstgeleitet.

Der Betrieb der Dampfleitung erfolgt durch niedrig gespannte Dämpfe, so daß Explosionsgefahr vermieden wird. Auch gegen die Längenveränderungen der Röhren sind Ausgleichsvorrichtungen eingeschaltet. Das ins Erdreich eingebettete Hauptluftrohr wird durch zweckmäßige Umhüllung gegen Wärmeverluste geschützt.

Zu gleicher Weise wie diese Leitungen zur Uebertragung erwärmter Luft benutzt werden, sollen dieselben in der heißen Jahreszeit auch zur Leitung eines durch Kältemischungen künstlich gekühlten Luftstromes dienen.

Die Idee dieser ganzen Anlage ist ungemein einleuchtend. Allein was nützen alle diese Fortschritte in der Technik der großen Menge des Volkes? Wie viel Zeit wird vergehen, ehe die kalten, ungesunden Wohnungen der Arbeiterviertel auf diese Weise geheizt und gelüftet werden?

Aus Anlaß der schon wieder vorgekommenen Eddung eines Mannes durch den Schuß eines Wapostens geht uns von einem Leser des „Berliner Volksblattes“ folgende Mittheilung zu:

Ich stand in den Jahren 1833 und 34 als Soldat im 36. Regimente in Saarlouis. Wegen der Nähe der französischen Grenze, der französischen Revolution von 1830 und der in Frankreich immer noch herrschenden unruhigen Stimmung waren die Infanterie-Regimenter, welche die Besatzungen von Saarlouis, Mainz und Luxemburg bildeten, auf Kriegsfuß gebracht worden. Demungeachtet wurde es nicht für nöthig gehalten, die Waposten mit scharfen Patronen zu versehen, sie konnten also auch keinen sich ihnen Nähernden todtschießen. Es ist mir während meiner Dienstzeit überhaupt kein Fall von einem Konflikt zwischen irgend einem Bürger und Waposten zur Kenntniß gekommen; Ueber solche Lappalie, wie Verunreinigung einer Mauer wegen eines nicht unauffischiebbaren Bedürfnisses, wurde hinweggesehen, es würde auch keinem Waposten eingefallen sein, etwa deshalb einen Menschen mit dem Bayonet niederzustoßen, dasselbe hätte nur zur Vertheidigung gebraucht werden dürfen. In den Gassen der Außenwerke wurde häufig von den Bewohnern der nächstgelegenen Dörfer Gras geschnitten und entwendet. Wenn die Patrouillen der Wache im Fort „Rau“, bei welchem der Grabsdiebstahl am häufigsten vorkam, einen solchen Bösewicht ertappten, so riefen sie ihm Halt zu. Gewöhnlich rief er aus und ließ die Knie im Stich. Man ließ ihn nach, sagte man ihm nicht, so schadete es nichts, anderen Falles wurde er nach der Wache gebracht, diese schickte ihn dann unter Bewachung von zwei Mann an die gerichtliche Behörde in der Stadt. Damit war die Sache nach ihrer militärischen Seite hin erledigt. Jetzt wird wahrscheinlich nach solchem Ausreißer scharf geschossen werden, es kann ihm dann passieren, daß er wegen des geringen Wertes des Grasses, vielleicht 10 Pf., zum Krüppel gemacht oder gar getödtet wird.

Vorschriften, die dem Posten in solchen Fällen, wie den angeführten, das Schießen zur Pflicht machen, sind inhuman, sie

sind auch unklar, weil sie zu einer Erbitterung zwischen Zivil und Militär beitragen und die Regierung gewiß die Verpflichtung hat, ein freundschaftliches Verhältnis zwischen Beiden zu begründen. Und wohl Mancher von denen, der Zemanden, wenn auch seiner Instruktion gemäß, erschossen hat, wird später bittere Reue empfinden und vielleicht während seines Lebens sich über diese That Vorwürfe machen.

Darum gebe man den Wachposten keine Patronen.

Die Geisteskrankheiten und der Tabakgenuss. Ein namhafter schwedischer Arzt, Dr. N. O. Sjöberg (Alfala) veröffentlicht über die nach andauerndem Tabaksmißbrauch entstehende Geisteskrankheit, die sog. Nikotinpsychose, eine Studie, welche die Beachtung aller Raucher verdient. Wir theilen aus derselben Folgendes mit: Das Nikotin ist der wichtigste chemische Bestandteil der westindischen Pflanze Nicotiana Tabacum; es ist in reinem Zustande eine farblose, leicht lösliche Flüssigkeit von starkem Geruch nach Tabak und sehr scharfem, brennendem Geschmack. Im Virginiatabak soll die Menge des Nikotins am größten sein. Für den menschlichen Körper ist das Nikotin eines der stärksten Gifte und es steht daher in seinen verderblichen Wirkungen auf denselben hinter dem Alkohol nicht zurück. Bei der gegenwärtigen Zunahme der Geisteskrankheiten spielt der Tabakgenuss eine hervorragende Rolle. Die Wirkung des Tabaks ist von der des Nikotins nur dem Grade nach verschieden. Nach den neuesten Versuchen des Prof. Schrott in Wien sind die Einwirkungen des Nikotins auf den gesunden Körper folgende: In Gaben von 1-3 Milligr. genommene Nikotin bewirkt anfangs eine scharfe, brennende Empfindung auf der Zunge und im Schlunde, mit gesteigertem Speichelfluss, Empfindung von Wärme im Magen, in den Gliedmaßen und im ganzen Körper. Bald nachher tritt Kopfschmerz ein, dann Schwindel, Schläfrigkeit, trübes Gesicht und schwaches Gehör, beschleunigte und erschwerte Atmung. Nach einer halben bis drei Viertel Stunden folgt eine Empfindung außerordentlicher Erschlaffung und Schwäche, das Gesicht erbleicht, der ganze Körper fühlt sich kalt wie Eis an, und es stellen sich Anfälle von Ohnmacht und Erbrechen ein. Die Erscheinungen steigern sich zeitweise bis zum Zittern und zu chronischen Krämpfen der Atmungs-muskeln. Nach drei Stunden fangen die Erscheinungen an nachzulassen, aber die Nachwirkungen dauern noch einige Tage an. Das sind die fürchterlichen Wirkungen dieses Giftes in Gaben von 1 bis 3 Milligramm. Da nun gegenwärtig der jährliche Nikotinertrag der ganzen Erde auf 1 200 000 Kilogramm und die Zahl der Tabakraucher auf etwa 800 Millionen geschätzt wird, so ergibt sich, daß jeder derselben im Durchschnitt jährlich 1/3 Gramm Nikotin oder täglich 4 Milligramm verbraucht. Daß der menschliche Körper solch große Mengen zu ertragen vermag, erklärt sich aus der bekannten Eigenschaft unferes Organismus, sich schädlichen Angewohnungen anpassen zu können.

Die erste Begegnung mit dem Gifte des Tabaks wird immer vom Zentral-Nervensystem als eine schmerzhaft und unangenehme empfunden, und es gehört immer eine gewisse Gewalt gegen die Natur dazu, um sie wiederholen zu können. Wenn die Warnung des angegriffenen Nervensystems nicht beachtet wird und die Versuche mit der notwendigen Beharrlichkeit fortgesetzt werden, dann vergeht allmählich das widerliche Gefühl und der gewohnte Reiz erscheint bald unentbehrlich. Die Sehnsucht nach erneutem Genuss ist bei dem Tabakraucher so groß wie bei dem Schnapstreinker und dem Morphinfresser. Die Einwirkung des Tabaks ist sehr verschieden nicht nur bei verschiedenen Gattungen von Tabak, sondern auch bei der verschiedenen Verwendung. Beim Rauchen können nur die Zertheilungstoffe, die dem Raucher folgen, wirken. Es sind jedoch mehrere Fälle nicht nur von nervöser Ueberreizung, sondern auch von ausgebildeter Psychose infolge übermäßigen Tabakrauchens bekannt. Daß auch durch zu reichlichen Gebrauch des Tabaks zum Schnupfen psychische Krankheitserscheinungen hervorgerufen werden können, davon hat Sjöberg mehrmals Gelegenheit gehabt, sich zu überzeugen. Die größte Gefahr bringt indessen der Gebrauch des Tabaks zum Rauchen. Die gewöhnliche Form für diese Verwendung ist der Rollentabak, wovon allerdings kleinere Gaben, ohne psychische Uebel hervorzurufen, genommen werden können. Steigt aber der tägliche Genuss über 10 bis 12 Gramm echten und guten Tabaks, dann wird leicht der pathologische Boden betreten und die Sensation fängt an abnorm zu werden. Noch leichter verwickelt sich dieser Uebergang, wenn der pulverisierte Schnupftabak zum Rauchen verwendet wird. In den letzten Jahrzehnten hat der Gebrauch von Schnupftabak zum Rauchen sich in mehreren Gegenden des Nordens, besonders unter den Seelenten, Fabrikarbeitern u. a. m. sehr verbreitet. Unseres Wissens ist in Deutschland solcher Gebrauch des Schnupftabaks noch nicht bekannt geworden; da es jedoch nicht unumgänglich erscheint, daß er, bisher unbeachtet, doch vorhanden ist, so möge zur Warnung hier kurz das Krankheitsbild wiedergegeben werden, das Sjöberg von der so entzündenen Nikotinpsychose entwirft, zumal da sie sich ja mit der infolge übermäßigen Tabakrauchens entstehenden Geisteskrankheit deckt.

Die Nikotinpsychose ist eine wahre primäre Geisteskrankheit mit sehr bestimmten Erscheinungen und regelmäßigen Verlauf. Der allgemeine Charakter derselben ist ein peinliches Gefühl der Schwäche und des Unvermögens nebst früh eintretenden Halluzinationen und Wahnideen und selbstmörderischen Neigungen. Die Krankheit hat ein Vorstadium, dem drei unter einander verschiedene eigentliche Krankheitsstadien folgen. Im Vorstadium fühlt der Kranke sich unwohl, er zeigt sich unruhig, schläft wenig, hat keine Lust zu den gewöhnlichen Beschäftigungen, er ist geneigt zu trüben Grübeleien und geplagt von Herzklappen und ungewöhnlicher Angst. Dieser Zustand dauert 1/2 bis 3 Monate. Dann tritt die Psychose ein. Der Kranke wird zunächst von lebhaften Halluzinationen erfaßt, die ihn ganz in Anspruch nehmen. Er hört Stimmen, sieht überall Personen von bestimmtem Gepräge um sich, er hat das Gefühl, als ob etwas Fremdes in seinem Körper wäre. Die Stimmung ist dauernd getrübt, der Kranke sucht Nähe und Einsamkeit, zuweilen hat er Selbstmordgedanken. Er spricht wenig, aber mit klarem Verstand, doch niemals, ohne aufgefordert zu werden. Nach sechs bis sieben Monaten tritt die Krankheit in das zweite Stadium: die Stimmung hebt sich und man findet den Kranken mit frohlicher Miene über seine Wahrnehmungen sprechen. Er erzählt von dem Besuche von Engeln, hat den Himmel, aber auch die bösen Geister gesehen. Er spricht und singt leise für sich selbst ohne Unterbrechung, seine Bewegungen werden kräftiger und unruhig. Dieser Zustand tritt in Perioden von 2 bis 4 Wochen Dauer auf und wird durch Zwischenräume unterbrochen, in denen der Zustand des ersten Stadiums vorherrscht. Wenn nach diesem zweiten Krankheitsstadium nicht die Genesung beginnt so geht es allmählich in das dritte Stadium über. Die Perioden erhöhter Stimmung schwinden nach und nach, das Gemüth bleibt ruhig, aber reizbar, die Auffassung ist sehr beschränkt. Die Halluzinationen dauern fort und der Kranke sinkt allmählich in einen Zustand allgemeiner physischer Schwäche, während der körperliche Zustand so bleibt, daß der Kranke für die Arbeit nicht ganz unbrauchbar wird. Eine Heilung von der Nikotinpsychose ist nur in den beiden ersten Stadien der Krankheit möglich. Die Behandlung erfordert vor Allem gänzliche Entziehung des Tabaks, die man jedoch allmählich durchzuführen kann. Dann sind kräftige Diät, viel Bewegung in freier Luft und Gebrauch von Mineralwässern zu empfehlen.

Die Regulierungsarbeiten in der verlängerten Zimmerstraße nehmen bei der überaus geringen Anzahl der beschäftigten Arbeiter einen so schleppenden Fortgang, daß deren Ende sich auch noch nicht im entferntesten absehen läßt. Das Pfortnerhäuschen, welches an dem ledigsten für die Person des Kriegsministers vorgesehenen Eingang zum Kriegsministerium einen Platz findet, hat sich noch immer nicht aus dem Grunde über dem Erdboden erhoben, und bevor die Mauern, die zu beiden Seiten der Straße gezogen werden, bis zu der vorgeschriebenen Höhe, die derjenigen der alten Stadtmauer gleichkommen soll, aufgeführt sein werden,

wird wohl der Winter seinen Einzug gehalten haben und der Weiterführung der Arbeiten ein kategorisches Halt gegeben. Da man zudem, ehe die Asphaltierung des Fahrweges und die Pflasterung der Bürgersteige in Angriff genommen werden soll, abwarten will, bis sich die 180 Meter betragenden Ausschüttungen gefast haben, ist, wie man mittheilt, gar nicht daran zu denken, daß im nächsten Frühjahr die Straße auch für den Wagenverkehr eröffnet werden wird; vor Mitte Sommer nächsten Jahres ist hierauf nicht zu rechnen! Die Passage durch die Straße ist jetzt bei dem andauernden Regenwetter eine mehr als beschwerliche, fast unmögliche. Es wäre dringend zu wünschen, daß, da nun einmal der Fußgängerverkehr freigegeben worden ist, für denselben auch insofern Sorge getragen würde, daß die Schmutz- und Wasserpfützen, welche sich zwischen den zahlreichen Massen von angefahrenen Mauersteinen gebildet haben, durch die sich der Passant hindurchwinden muß, wenigstens oberflächlich beseitigt würden.

Das Berliner Aquarium ist in den Besitz höchst interessanter afrikanischer Fische gelangt. Sie stammen aus Senegambien und wurden von dem Kaufmann Jeyler in Bathurst an Herrn Dr. Burckhardt, Assistent des Professors Dr. Hertwig hierher, geschickt. Es sind dies Schlammschnecke, Doko oder Molchschnecke, Protopteros annectens, welche im ganzen Mittel- und Inner-Afrika vorkommen. Der Molchschnecke gehört zu den Lungenfischen, welche man als Verbindungsglieder zwischen Amphibien und Fischen ansehen kann. Der Bau ist der der Fische, ihre Athmungsbildung gleicht derjenigen der Lunge. Während der trockenen Jahreszeit baut sich der Fisch in dem eintrocknenden Schlamm ein förmliches Nest, in welchem er sich einkapselt. Der eingekapselte Fisch, umgeben von dem eintrockneten Schlamm, ist wiederholt nach Europa gelangt. Herr Dr. Burckhardt erhielt in den letzten Tagen 27 Stück großer Lehmstücke mit den eingekapselten Fischen. Wird der in dem schlammigen Zustande befindliche Fisch in Wasser gesetzt, so wird er allmählich lebendig, die Umhüllung erweicht und nach Verlauf einer Stunde ist er vollständig munter und rege geworden. Die Gestalt dieser Thiere ist aalartig. An Stelle der Flossen befinden sich lange fadenartige Fortsätze mit strahlenartigem Randsaum. Die interessanten Thiere befinden sich in einem Becken neben der Voliere bei einer Temperatur von 25° C.

Ein verirrtes Kind ward gestern Vormittag auf dem Fahrweg der Gerhartstraße zu Noabit von spielenden Kindern entdeckt und dem in der Weststraße belegenen Bureau des dortigen Polizeireviere zugeführt. Der kleine etwa zweijährige Knabe, gegen dessen Einlieferung bei der Polizei ein anderes kleines Mädchen mit lautem Gefühlsausbruch vor dem Revierbureau thranen einen Widerspruch erhob, war von der rauhen Herbstluft halb erpariert, jedoch er kaum die Lippen zu bewegen vermochte. Der Telegraph arbeitete inzwischen und einige Stunden später erschien bereits die geängstigte Mutter, um den verlorenen Sohn wieder in Caspang zu nehmen. Der Knabe war seinen in der Ebnearae, nahe wohnhaften Eltern in einem unbewachten Augenblick entlaufen.

Ein drohender Unglücksfall, bei dem ein Kindesleben in ernst Gefahr schwebte, ist vorgestern Mittag wie durch ein Wunder verhütet worden. Bei der Einfahrt eines hochbeladenen Rollwagens in den Anhalter Güterbahnhof in der Mödernastraße löste sich plötzlich die Kette los, durch welche die schwere eisenschlagene Leiter festgehalten wurde, und diese fiel mit Donnergepolter nach hinten auf den Straßenrand nieder in demselben Augenblick, als ein ca. 5 jähriger Knabe unmittelbar hinter dem Wagen vorüberging. Die Leiter fiel jedoch so glücklich dem Kind über den Kopf, daß dieses plötzlich zwischen ihr stand und erit zu Fall kam, als ihm, da der Wagen in voller Fahrt befindlich war, durch die beide Leiterwangen verbindende Querstange die Weine unter dem Leibe fortgezogen wurden. Heulend und schreiend, weil er ein unfreiwilliges Schmutzbad bekommen hatte, aber ohne ernstere Verletzungen als Hautabschürfungen erlitten zu haben, erhob sich der Knabe wieder.

Ein mit dem Inzuchthaus bereits bekannter Heirathsschwunder, der Kaufmann Willert, ist vorgestern durch die Kriminalpolizei in Haft genommen worden. Er pflegt sein „Handwerk“ in der Weise zu betreiben, daß er unter falschem Namen mit Dienstmädchen Liebesverhältnisse anknüpft und ihnen dann allmählich ihre Sparkassendächer ablockt. Dies geschieht meistens dadurch, daß Willert vorgiebt, für den Augenblick einiger Baarmittel nothwendig zu bedürfen, seine russischen Werthpapiere aber aus dem Grunde nicht umsetzen zu können, weil sie gerade einen niedrigen Börsenwerth haben. Sobald er in den Besitz der Sparkassendächer gelangt ist, hat die Liebshait ihr Ende erreicht.

Der taubstumme Schuhmacher Ziemer begegnete in der Nacht zum 5. d. Mts. in der Schulendörferstraße einem ihm unbekanntem Hausdiener, welchem er durch Zeichen zu verstehen gab, daß er wissen möchte, wie spät es sei. Als nun der Hausdiener seine Uhr hervorholte, nahm Z. dieselbe in die Hand, um anscheinend das Zifferblatt genau sehen zu können. Plötzlich riß Z. die Uhr von der Kette los und entfloß damit die menschenleere Straße entlang nach dem Weddingplatz zu. Der Besohlene folgte ihm und veranlaßte durch sein fortgesetztes Geschrei einen Nachwächter, den Dieb anzuhalten und festzunehmen.

In der Nähe von Biesenthal (an der Stettiner Bahn) ist am letzten Sonntag ein Mordanschlag und Raub an der Votenfrau Littmann verübt worden. Ein etwa 22 jähriger Mensch, der sich den Kopf mit einem Kartoffelsack verhält hatte, stellte sich, wie die „Biesenthal Post“ berichtet, auf dem Wege von Malchow nach Biesenthal zu der Frau, knipste zuerst ein Gespräch an und schlug sie dann hinterwärts mit einem Feldstein nieder. Um die Frau am Schreien zu verhindern, schützte ihr der Unmensch den Mund voll Sand und kleiner Steine, dann warf er sich auf die Unglückliche und ver setzte ihr mit dem Stein noch mehrere Schläge auf den Kopf. Die Frau verlor die Besinnung, der Räuber glaubte sie todt, nahm ihr aus der Rocktasche das für Badwaare eingelassene Geld im Betrage von 9 M. 15 Pf., erhob sich dann schnell, warf den mit K. W. bezeichneten Sack fort und eilte davon. Trotz der schweren Verletzungen erholte sich die Frau langsam und schleppte sich mühsam zur Stadt. Der thätig gewordene Thäter scheint ein vielach bestrafter Mensch zu sein, der zur Kolonie Biesenthal gehört und schon seit längerer Zeit bald in Berlin, wo er eine Braut hat, bald in der Nähe von Biesenthal, in Wäldern und auf der Landstraße sich umhertreibt. Bekleidet war der Bursche mit einer dunkelbraunen Hose mit hellbraunen Streifen und mit einem hellgrauen Jacket. Man vermuthet, daß er sich hier in Berlin verborgen hält.

Die Sammeliste 983 für die Kongressdelegirten nach Halle ist dem Unterzeichneten verloren gegangen. G. Kohnmann, Thierstraße 45.

In wirklicher Feststimmung verließ das vom Gefangenen-Gemüthlichkeit am 4. d. M., in Klein's Hofgalerie in der Hasenhalde, zur Feier der Heimgekehrten veranstaltete Ballfest, verbunden mit Gesangsvorträgen. Nachdem der Gefangenverein mit dem Liede „Zu heiterem Fest verbunden“, und „Ein Sohn des Volkes“ die Feier eröffnet hatte, hielt der Vorhändige des Vereins Herr A. Buchholz eine kurze aber ernste Rede, in welcher derselbe kundgab, weshalb dieses Fest veranstaltet worden. Mit einem Hoch auf die Heimgekehrten wurde die Rede geschlossen.

Von den Heimgekehrten war der seit dem Jahre 1884 ausgewiesene Herr Jakob anwesend, welcher dann in einer längeren Rede im Namen der Heimgekehrten dankte. Auch er schloß mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie. Bemerkenswerth ist noch, daß bei einer amerikanischen Auktion ein Bild Lassalle's den ansehnlichen Betrag von 27,29 Mark, und ein Blumenkörbchen den Betrag von 21,85 Mark erzielten. Hierauf unterhielt sich noch die Gesellschaft bis zum frühen Morgen.

Die Reindendorfer Lokalkommission berichtet, daß folgende Wirthe ihre Lokale mientgellisch zu Veranlassung hergeben: Gordes, Waldschlößchen, Waldstraße; Marks, 2. Chaussee, „Zum Feuerwerter“; Böttcher's Seeöschlöchen, Straße 1-2; Lüdike, Amendeir. 1; Ludewig, Hausstraße, Nordbahnstr. 1. Alle etwaigen Unregelmäßigkeiten, wie man an die Unterzeichneten berichten: F. Schäfer, Park Allee 41; A. Thal, Provinzstr. 107; R. Dackebau, Gesellschaftstraße 5; daselbst sind auch Sammelstellen für geleesene Bücher.

Polizeibericht. Am 7. d. M. Morgens wurde ein Mann in seiner Wohnung, in der Oberbergerstraße, erhängt vorgefunden. — Vormittags versuchte ein Mann in seiner Wohnung, in Kirchbachstraße, sich durch einen Revolvererschuss in den Arm zu tödnen. Er wurde noch lebend nach der Charitee gebracht. Mittags stürzte sich ein 71 Jahre alter Mannesempfangener, muthlich in einem Anfälle von Geistesföhrung, aus dem Fenster im 4. Stock des Hauses Rottbuserstr. 18 auf den Hof und verstarb auf der Stelle infolge der erlittenen schweren Verletzungen. — Abends wurde eine 80 Jahre alte Frau von Hause Blücherstr. 7 von einem Geschäftswagen überfahren, erlitt ansehend schwere innere Verletzungen, so daß sie dem Krankenhause am Urban gebracht werden mußte. — Zu dem Zeit erschoss sich ein unbekannter, etwa 23 Jahre alter Mann auf einer Bank am Mariannenplatz mittelst Revolvers. — 7. d. M. Abends und in der Nacht zum 8. d. M. sandten kleinere Brände statt.

Theater.

Im Wallnertheater ging vorgestern eine sogenannte „Pension Schöller“ von Karl Laus, über die Breiter. Die ist absurd und roh, wie es sich für ein Stück, welches Herr von Misch und Jakob, gelangte gestern zur ersten Aufführung. Die Damen der Bourgeoisie in angenehme Stimmung versetzt gebührt. Ein alter Herr, ein Provinzialer natürlich, will die Nerven die Mittel zu einer Geschäftsgrund-nag vorziehen, der Bedingung, daß ihm dieser die Gelegenheit verschafft, den Zrenball zu besuchen. Der Neffe fährt ihn in eine Pension. Hier findet sich allerdings eine ganze Anzahl von Dioten vor, wie man sie in solchen Instituten wohl findet. Das Spiel war nicht so munter, wie man es sonst bei gewohnt ist, auch Herr Schöller's Entspruch kaum den wartungen, die man in ihn gesetzt hatte.

Thomas-Theater. Die Strohwitwe, Posse (?) in 3 Akten von Misch und Jakob, gelangte gestern zur ersten Aufführung und hatte das Haus in allen Räumen gefüllt. Der Zuschauer lieh mehr erwarten, als geboten wurde, obgleich zu leugnen ist, daß sich die Verfasser redliche Mühe gegeben, an Situationenkomik, guten und schlechten Witz das Möglichste zu leisten. Da letztere überwiegen, so ist es erklärlich, daß die Novität über einen mäßigen Achtungse folg nicht kam — trotz des Bemühens einer mehr als uerestigten Gesellschaft wurde, abgesehen von einigen zu starken Ausstragungen recht brav.

Berichts-Beitrag.

Daß der Berliner Boden für vertrauensföhlige Prozesse sehr gefährlich ist, da die wackeren Landleute hier sehr leicht Opfer von Gaunern und Beträgen werden, ist längst bekannt und die vielen, diese Thatfachen illustrierenden Gerichtsurtheile beweisen, daß in dieser Beziehung die Dummen nicht werden. Wie oft ist nicht schon den hier ankommenden Fremden warnend zugerufen worden, „al' den dienwilligen Leuten, sich auf den Bahnhöfen an sie heranzurängen, nicht zu traun umsonst, die Fliegen gehen immer wieder auf den Keim, da eines Tages ein Handwerker aus der Provinz mit einer voll Geld hier an, um am nächsten Tage wieder wegzureisen und flugs war auch ein fremdlicher Mann an seiner welcher sich erbot, den Provinzialen in Berlin herumzuführen. Letzterer war gutmüthig genug, die Offerte anzunehmen und studierte an der Seite des freundlichen Führers die Gassen von Berlin. So kamen sie auch in ein Restaurant, wo Gerstenfart durch zarte Hand kredenzet wird, oder, wie es in sinnigen Sprüchlein heißt: „Die Kellnerin, die gute Seele, wie Rebekka die Kameel.“ In diesem Falle war die Thät der Thät eine gute Seele, denn sie rührte die Naivität der verdorbenen Provinzialen, welcher Jedermann erzählte, daß eine Summe von 110 M. bei sich trage. Die Kellnerin mit allem Nachdruck den Fremdling darauf aufmerksam, daß in Beginn nicht vorichtig genug sein könne und dann niemals mit Leuten, welche man nicht kenne und welche sich fertig an die Fersen hängen, Bier- und Weinreisen unternehme. Ihr Wort verhalte jedoch spurlos und als die Provinzialer einmal zuhellig in das Zimmer sah, wo der naive Mann seinem Begleiter zachte, da bemerkte sie, daß der Fremde eingenickt, der Letztere dagegen völlig unsichtbar geworden. Nichts Gutes ahnend, weate sie den Schlafes und dieser zu seinem Entsetze feststellen, daß mit seinem Begleiter ein Portemonnaie mit den vielgepreiserten 110 M. verschwunden. Wunderbarer Weise gelang es, des Durchgängers wieder zu werden und derselbe stand gestern in der Person des Bohners Gelaßte vor der jüngsten Strafkammer hiesigen Gerichts I. Er betritt zwar, daß er sich das Geld des Provinzlers angeeignet, die Zeugnisaussagen liehen jedoch Zweifel darüber, daß er diese Art von Leugnerbedeerei ausgeübt hatte und so verurtheilte ihn der Gerichtshof zu drei Monaten Gefängnis.

Eine Anklage wegen Majestätsbeleidigung, gesten die 8. Strafkammer des Landgerichts I. bestrafte sich gegen den Redakteur der „Berliner Zeitung“, Franz Wisberger. Die „Berliner Zeitung“ bespottete einen Leitartikel des Duellwesens und beklagte es, daß es wisse Anerkennung des Duellunfugs in unserer Gesetzgebung. Wenn diesem Unrüge mit der ganzen Strenge der Gesetzgebung entgegen getreten würde, würde schon viel gewonnen sein, leider aber trete dieser Praxis das schändliche Recht der Begnadigungsgerecht, entgegen. Fast Jeder, der wegen Duellurtheil werde, wisse jetzt schon im Voraus, daß er begnadigt würde und dadurch werde die Rechtsprechung ungewiß. Die Begnadigung sollte sich auf Ausnahmefälle beschränken, besten aber wäre es, die §§ 201-210, welche vom Duell aus dem Strafgesetzbuch ganz zu streichen. — Der Staatsanwält sah in diesen Ausführungen eine Majestätsbeleidigung, er dem Träger der Krone indirekt den Vorwurf zu machen, durch allzu reichliche Anwendung des Begnadigungsrechts das Duellwesen zu fördern und die öffentlichen Urtheile zu einer Farce zu machen. Der Staatsanwalt beantragte acht Monate Gefängnis. — Der Staatsanwalt M u n a e l führte dagegen aus, daß der Artikel objektiv und berechtigt Kritik bestehender Verhältnisse enthalte sei es, daß bei Verurtheilungen wegen Duells begnadigungsgerecht viel häufiger Platz greift als anderwärts und jeltive Auslieferung, daß diese Praxis wohl oder übel doch ungewiss beförderer müsse, könne unmöglich als Majestätsbeleidigung ausgelegt werden. Er würde kein Bedenken tragen, Artikel dem Kaiser selbst vorzulegen und er sei überzeugt, dieser selbst sich nicht beleidigt fühlen dürfte. Abg. K a n n einmal im Reichstag darauf hingewiesen, daß die Gerichte Auslosung und Meyerstetler viel zu milde Urtheile ertheilen, Uebelstände sei in der Folge sogar abgehoben worden, dem aber sei es eingestanden, daran zu denken, daß der Kaiser damit den Richterstand beleidigen wollte. wenig würde sich Jemand beleidigt fühlen, wenn man

daß seine zu große Milde und Güte Bettlern gegenüber zu süßen Folgen führen würde. Man wisse jetzt und erkenne es in der Jurisprudenz an, daß eine Majestätsbeleidigung in ihren Merkmalen nicht abweichend von der Beleidigung gewöhnlicher Sterblicher. Solche seien in dem Artikel nicht zu finden, da die Tendenz desselben lediglich dahin gehe, zu beweisen, daß, wenn die Milde nicht in dem jetzigen Umfang geübt würde, das Uebel überall nicht als ein Ehrenzwang, sondern als ein Ueberbleibsel aus früheren Jahrhunderten betrachtet würde. — Der Gerichtshof erkannte auf Freisprechung. Er hielt zwar objektiv eine Beleidigung für vorliegend, glaubte aber in subjektiver Beziehung nicht, daß der Verfasser des Artikels dem Kaiser den Vorwurf machen wollte, durch die Handhabung seines Begnadigungsrechts die Befehle illusorisch zu machen.

Versammlungen.

Am Sonntag, den 5. Oktober, hielt der Fachverein der Schlächter Berlins und Umgegend in May's Festsaal, Behnhir. 22, seine erste ordentliche Generalversammlung ab. Diefelbe war gut besucht und standen folgende Punkte auf der Tagesordnung:

Punkt 1. Vierteljahresbericht. **2.** Gewerkschaftlicher Vortrag (Referent Stadtverordneter Heindorf). **3.** Diskussion. **4.** Regelung der Beiträge und Aufnahme von Mitgliedern. **5.** Verschiedenes und Ausgabe der Billets zu dem im Dezember stattfindenden Festlichkeit. **6.** Fragekasten. Nachdem der Schriftführer das Protokoll der letzten Versammlung verlesen und dasselbe nicht beanstandet wurde, so erhielt Kollege Schwarze zu Punkt 1 das Wort: Derselbe verlas die Ausgaben und Einnahmen eines jeden Monats und ersuchte die Kollegen, welche Einsicht in die Bücher verlangten, dasselbe in den Sprechstunden in Arbeitsnachweis, Grünstraße 21, zu thun. Nachdem die Revisoren bekräftigten, daß die Bücher in Ordnung seien, wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Zu Punkt 2 entledigte sich der Referent Herr Heindorf in weicher Rede seiner Aufgabe und erntete derselbe reichen Beifall. Das Thema: „Der Kleinhandwerker und Geselle von sonst — und der großindustrielle Unternehmer und Arbeiter von jetzt“ riefte so treffend auf das Schlächterhandwerk, daß die Kollegen Gahmann und Schwarze in der Diskussion dasselbe noch des Rahren beleuchteten. Sie führten aus, daß der Elanhandel von früher noch im Schlächtergewerbe in voller Blüthe steht und daß derselbe den Meistern sowohl wie hauptsächlich den Stellvermittlern reiche Früchte trägt, daß die moderne Technik sich auch mehr und mehr des Schlächtergewerks bemächtigt, daß die Meister oder Arbeitgeber mit geschlossenen Augen zusehen, wie immer mehr und mehr Gesellen arbeitslos werden und daß es die höchste Zeit ist, daß sich die Schlächtergesellen selbst helfen. Zu Punkt 4 wurde der Beitrag von 30 auf 50 Pf. erhöht. Zu Punkt 5 wurde bekannt gemacht, daß Billets bei jedem Vorstandsmittglied sowie in den Lokalen, in welchen Plakate aushängen, zu haben sind. — Folgende Resolutionen wurden einstimmig angenommen: **Resolution 1.** Die Generalversammlung des Fachvereins der Schlächtergesellen erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden und beschließt, auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung weiter fortzuschreiten. — **Resolution 2.** Die heute, Sonntag den 5. Oktober in May's Festsaal tagende ordentliche Generalversammlung der Schlächtergesellen Berlins und Umgegend beschließt, bei der Berliner Streik-Kontrollkommission zu beantragen, den Boykott über das Geschäft des Leder- und Fleischhändlers Sagert, Zentral-Markthalle, Stand 10, sowie über dasjenige des Schlächtermeisters Rehberg, Oberbergerstraße 37, zu verhängen und verpflichten sich die Mitglieder des Fachvereins, falls der Boykott über genannte Geschäfte verhängt wird, voll und ganz für die Ausführung desselben einzutreten, da nur durch geschlossenes, energisches Vorgehen die Lage der Schlächtergesellen gebessert werden kann. Mit einem Hoch auf den Fachverein schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Eine gut besuchte Versammlung des Vereins zur Wahrung der Interessen der Schuhmacher fand am Montag, den 6. Oktober, in den Vereinshallen statt. Den ersten Punkt der Tagesordnung bildete ein Vortrag des Herrn A. Auerbach: „Ueber das Programm der Sozialdemokratie“, welcher mit Beifall aufgenommen wurde. Redner widerlegte zu Anfang vortrefflich die Züge eines freisinnigen Flugblattes und nahm dann Punkt für Punkt unseres Programms durch und stieß auf mehrerlei Sätze, welche auf dem Parteitage wohl abgeändert werden dürften. Redner schloß mit den Worten, daß man vor allen Dingen den Wählern unser Programm klar machen müßte, und diese zu zielbewußten Arbeitern heranzubilden und daß dann bald der Tag kommen werde, der das jetzige System beseitigt und Friede, Freiheit und Gerechtigkeit an dessen Stelle setzt. In der Diskussion wurde betont, daß die Religion wegzulassen, aber an dessen Stelle die konfessionslose Schule gefördert wird und daß im Programm alle Fremdwörter vermieden werden müßten. Unter Verschiedenem wurde bekannt gegeben, daß die nächste öffentliche Versammlung am 18. d. M. in Hoffmann's Festsaal, Oranienstr. 180, stattfinden werde und wurde angefordert, für das Vergnügen zum 19. Oktober tüchtig zu agitieren und die Beiträge baldigst zu entrichten. Nachdem noch einige Fragen beantwortet waren, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Am 5. Oktober hielt die Freie Vereinigung der Bau- und gewerblichen Hilfsarbeiter für Süd- und Umgegend ihre Mitgliederversammlung in der „Schloßbrauerei“ mit folgender Tagesordnung ab: **1.** Beschlußfassung über die monatlichen Versammlungen. **2.** Vereinsangelegenheiten. **3.** Diskussion. **4.** Verschiedenes. Da der erste Vorsitzende nicht anwesend war, so ließ der zweite Vorsitzende das Protokoll der letzten Versammlung verlesen, welches angenommen wurde. Zum ersten Punkt der Tagesordnung wurde beschlossen, die Beschlüsse vom 17. Juli hochzuhalten. In Vereinsangelegenheiten kamen so schwere Beschwerden gegen den ersten Vorsitzenden zur Sprache, daß gegen den Antrag angenommen wurde: Am Sonntag, den 19. Oktober dieses Jahres eine Generalversammlung stattfinden zu lassen, welche zum ersten Punkt der Tagesordnung Wahl eines ersten Vorsitzenden hat. Beistellt war dieser Antrag von Kollegen Klinge und ferner motiviert von den Kollegen Kautsch und Kimmich. Kollege Gröbke nahm den Rechtsanspruch des Vereins in Anspruch wegen Wahregelung. Es wurde ihm auch zugesagt, daß in den nächsten Tagen die Schiedskommission darüber zusammenzutreten soll. Sodann wurde zugesagt, daß in der nächsten ordentlichen Mitgliederversammlung die erste Vereinsabrechnung erfolgen soll, was nur deshalb noch nicht geschah, weil die Billets von Friedenan und Steglitz noch nicht mit dem Hauptkassierer abgerechnet hätten. Unter Verschiedenem wurde der Aufruf von W. Gormann im „Arbeiter“ verlesen und zu demselben sprachen die Kollegen Klinge, Wehrant und Marasch. Klinge forderte zum größeren Abwement auf „Der Arbeiter“ auf. Darauf schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Eine öffentliche Versammlung der Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen fand am 8. d. Mts. statt mit folgender Tagesordnung: **1.** Vortrag des Herrn Th. Glöck über die Gewerkschaftsbewegung vor, während und nach dem Sozialkrieg. **2.** Schlussabrechnung der Lohnüberwachungs-Kommission. **3.** Abrechnung der jetzigen Kommission. **4.** Verschiedenes. Zur Leitung der Versammlung wurden die Herren Untro, Börner und D. Herholz gewählt. Vor Eintritt in die Tagesordnung ersucht der Vorsitzende, die Versammlung möge sich recht regen an den Sammlungen zur Bestreitung der Kosten des Delegierten zum internationalen Tabakarbeiter-Kongress in Antwerpen teilnehmen. Hierauf hielt Herr Th. Glöck seinen mit Beifall aufgenommenen Vortrag. Der Vorsitzende stattet im Namen der Versammlung dem Referenten seinen Dank ab. Beim 2. Punkt nahm Herr Otto zur Geschäftsordnung das Wort und wundert sich, daß der überwachende Beamte den

2. Punkt (weil nicht auf der Tagesordnung stehend) moniert, es könne dem Beamten doch gleich sein, ob der Gegenstand jetzt oder bei „Verschiedenes“ käme, kommen werde er ja doch. Man wolle dem Potsdamer Kollegen nur Gelegenheit geben, seinen Vortrag früher zu halten, damit derselbe noch rechtzeitig nach Potsdam fahren könne. Der Beamte war schließlich damit einverstanden, daß der Bericht über die Aussperrung der Potsdamer Kollegen gleich gehalten werde und erhielt hierauf Kollege Kiesel das Wort. Derselbe staltete den Dank der Potsdamer Kollegen ab für die materielle Hilfe der Berliner Kollegen, ebenso überbrachte er den Gruß der dortigen Kollegen. Ferner führte Redner aus, wie die Kämpfe in Potsdam, die zum Siege der dortigen Kollegen führten, stattgefunden hätten und erbat sich ein Vertrauensvotum, daß sie richtig gehandelt hätten. Herr Otto erwiderte, daß es dessen nicht bedürfe, indem die Potsdamer Aussperrung von der Vereinsleitung des Unterstützungsvereins als Vereinsangelegenheit erklärt worden wäre und darin das Vertrauensvotum liege. Herr Börner führte an, daß der Geist der Potsdamer Kollegen ein vorzüglicher sei, beispielsweise seien nur sechs Abripper und Padmacher und nur ein Zigarrenarbeiter nicht in dem Verein und wünschte Redner, daß in Berlin auch ein solcher Geist herrsche, dann würde man auch bedeutend bessere Erfolge erzielen können. Außerdem ersuchte Redner, sich regen an der Organisation zu beteiligen, denn die alte Garde fehlt fast gänzlich, sie sollten Alle, Mann für Mann an der Gewerkschaftsbewegung Theil nehmen. Zum Punkt Abrechnung erhielt Herr G. Schröder das Wort und verliest derselbe die verschiedenen Posten der Abrechnung (spezielle Abrechnung erfolgt im „Gewerkschaftler“). Herr Dechand konstatiert die Richtigkeit derselben. Herr Notes gab hierauf eine zweimonatliche Abrechnung der jetzigen Kommission. Beim Punkt Verschiedenes theilt der Vorsitzende mit, daß eine Resolution eingegangen sei folgenden Inhalts: **Resolution:** „Die heutige Versammlung mißbilligt das Verhalten derjenigen Parteigenossen, welche Inhaber von Zigarrenhandlungen, Schankgeschäften und dergleichen sind, welche ihre Zigarren zu Schleuderpreisen beziehen, indem dadurch die Tabakarbeiter einetheils und anderentheils das rauchende Publikum schwer geschädigt werden. Die Versammlung spricht die Erwartung aus, daß obgenannte Genossen in Zukunft ihre Zigarren, welche sie beispielsweise für 5 Pf. verkaufen, nicht unter 85 M., und die zu 6 Pf. nicht unter 42 M. per Mille beziehen, indem diese Preise 5 überhaup nicht ermöglichen, einen annähernd anständigen Lohn zu zahlen. Die Versammlung ist der Ueberzeugung, daß mit diesem Nutzen jeder Händler zufrieden sein kann, gleichzeitig verurtheilt sie die heutige Versammlung namentlich das Gebahren derjenigen Zigarrenarbeiter, welche unter dem Deckmantel der Parteigenossenschaft minderwertige Waare theils zu Spottpreisen, theils zu sehr hohen Preisen an den Mann zu bringen suchen und namentlich die Schankwirthe damit überschwemmen. Kollege Wöhe tritt sehr ausführlich und mit Wärme dafür ein und erläuterte, wie nothwendig es sei, die Genossen darauf aufmerksam zu machen, daß ihnen für ihr Geld nicht solcher Schund geboten würde. Sollte dieses noch nichts nützen, so man sich in die Zwangslage verlegt, schärfer vorzugehen und ersucht Redner deshalb, die Resolution anzunehmen. Hierauf erfolgte einstimmig Annahme derselben. Schluß 1 Uhr Nachts.

Der Fachverein der Former tagte am Sonntag, den 5. Oktober, in Orschel's Salon, Sebastianstr. 39, mit folgender Tagesordnung: **1.** Vortrag des Herrn Dr. Christeller über: „Die erste Hilfe bei Verletzungen.“ **2.** Diskussion. **3.** Verschiedenes und Fragekasten. Die Versammlung folgte den Ausführungen des Herrn Referenten mit großem Interesse, was die vielfachen, an demselben gerichteten Fragen bewiesen, die derselbe beantwortete. Die Anwesenden dankten für den lehrreichen Vortrag durch Erheben von den Sitzen. Diskussion wurde abgelehnt. Unter „Verschiedenes“ wurde bekannt gemacht, daß das Stiftungsfest erst am 6. Dezember stattfindet in dem Böhmischen Brauhause, Landsberger Allee 11 bis 13, und wurden die Kollegen angefordert, sich recht regen mit dem Biletverkauf zu befassen. Billets sind zu haben bei den Kassirern, außerdem bei Kollege Herburg, Friedrichsbergerstr. 64, 3 Tr.; Pfeffel, Prinz Eugenstr. 1, 3 Tr.; Jahnke, Gerichtsstr. 11, 3 Tr.; Steinmetz, Straße 66a Nr. 19 und Schnarchendorff, Rixdorf, Knefelerstr. 12, 2 Tr.

Ein Kollege erklärte, wie er auf dem Kontrollbureau in der Gartenstraße behandelt wurde. Nachdem er 1 1/2 Stunden gewartet, frag man ihn, weil er einen älteren Anstellungsvertrag vorlegte, ob er seitdem nicht gearbeitet? was derselbe bejahte. Man sagte: da sind Sie ein glücklicher Mensch, daß Sie es so lange aushalten können, kommen Sie nur später mal wieder mit 'ran, jetzt haben wir für Sie nichts.“ Ein anderer Kollege kam am 23. September vom Militär los und ging später ebenfalls nach der Kontrolle der Fabrikanten, er erhielt bis heute keine Arbeit. Als er abgefertigt, frag er, was er schuldig wäre, da sagte man ihm, zahlen sie 40 Pf., weil Sie vom Militär kommen. Der Mann daagte gewiß, der Kollege hat in der Ferienkolonie viel gepart. Man sieht, wir haben es nicht mit einem Arbeitsnachweis, sondern einfach mit einem „Gefindovermuthungs-Kontoir“ zu thun. Die Mittheilungen waren oft recht interessante. Es wurde ausgeführt, daß nur der Indifferentismus der Berliner Former Schuld ist, sonst könnte nicht eine Hand voll Unternehmer tausende von Arbeitern in der Weise behandeln.

Es ist die höchste Zeit, daß Jeder sich aufrafft und mit arbeitet, daß dieses, des Arbeiters unwürdige Institut aus der Welt geschafft wird. Wir sehen ja, es besteht bei den Kapitalisten ein Ausnahmefall, welches unerbittlich seine Opfer fordert, Opfer, welche wohl einer besseren Sache würdig wären. Darum ist es unsere Pflicht, die Kollegen aus ihrem Dusein anzurütteln, daß wir geschlossen Front machen können, und energisch ein Halt gebieten.

Dann werden Geheim- und Nichtgeheim-Kommerzienräthe, denen Fortuna an der Wiege gelächelt, es sich wohl überlegen und den Arbeiter nicht zum Necht degradieren.

Aufruf an alle in der Textilbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen der Provinz Brandenburg. Arbeiter und Arbeiterinnen! Um die auf den 9. Oktober in Apsola stattgefundenen Delegirtenkongress und Textilarbeiter-Delegirtenkongress gefassten Beschlüsse zur Ausführung zu bringen, ist es nöthig, einen Delegirtenkongress der Textilarbeiter und Arbeiterinnen der Provinz Brandenburg abzuhalten. Als vorläufige Tagesordnung schlagen wir vor: **1.** Die wirtschaftliche Lage der Textilarbeiter und Arbeiterinnen. **2.** Die zukünftige Organisation. **3.** Agitation. **4.** Die Fachpresse. **5.** Stellungnahme zum Textilarbeiterkongress. **6.** Spezielle Anträge der Delegirten. Derselbe findet Sonntag, den 9. November, im Konzerthause Wobuska hier, von Vormittags 11 Uhr an statt. Die Delegirten sind in öffentlichen Versammlungen zu wählen. Wo dies nicht möglich sein sollte, genügt die Zahl von 10 Unterschriften. Aus den Fachvereinen heraus darf keine Delegirtenwahl erfolgen, da sonst die betreffenden Vereinigungen politische Maßnahmen zu gewärtigen haben. Die genaue Lage der Textilarbeiter und Arbeiterinnen erfordert eine rege Theilnahme zu diesen wichtigen Verhandlungen. Ergreift die Gelegenheit zur gemeinsamen Verbesserung Eurer Lebenslage. Wir rufen Euch ein herzliches Willkommen zu! Kottbus, den 5. Oktober 1890. Das Komitee. J. A. Rudolph Schlemmer, Sandow 187, Vertrauensmann der Textilarbeiter Kottbus. Das Agitationskomitee der Arbeiterinnen. J. A. Frau Pauline Nelson.

Vereinigung der Drechsler Deutschlands. Octoberverwaltung 1-7. 7. November 1890. Mitgliederversammlung, Sonntag, den 12. Oktober, Vormittags 10 Uhr, in Schmiedler's Salon, Altes Rathaus, 48a. Tagesordnung: **1.** Die Verhandlung der in unserer diesjährigen Generalversammlung, Referent: Kollege Aug. 2. Diskussion. **3.** Bericht und Wahl des Vorstandsmitglied. **4.** Verschiedenes. — Ertheilung sämtlicher Mitgliedererlöse. Nächste Versammlung der Octoberverwaltung 11. Sonntag, den 19. Oktober, Abends im Vereinshaus.

Freie und Disziplinäre „Freiwillige“. Donnerstag, den 8. Oktober, Abends 8 Uhr, bei Klauke, Friedrichsbergerstraße 24. Gutes haben Zutritt.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 1. Berliner Reichstags-Wahlkreis. Versammlung am Donnerstag, den 9. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr, in den Vereinshallen, Kommandantenstr. 20.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis. Große Versammlung am Donnerstag, den 9. Oktober 1890, Abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Königshof“, Wilmstraße.

Allgemeiner Arbeiterinnen-Verein. Sämmtlicher Gewerkschaften Berlin und Umgegend (Billets 1. Noth). Große Versammlung am Donnerstag, den 9. Oktober, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Jäger, Wilmstraße 63.

Der Verein zur Regelung der gewerblichen Verhältnisse der Töpfer Berlin und Umgegend feiert am 11. Oktober im großen Saale der „Brauerei Friedrichshain“, vormals Lipp (am Königshof) sein zweites Stiftungsfest.

Sozialdemokratischer Les- und Diskussions-Club Freiheit. Sitzung am Donnerstag, den 9. Oktober, Abends 8 Uhr, bei Genosse Jabel, Baumgartenstr. 26, zu welcher Damen Zutritt haben.

Freie Vereinigung der Hausleute am Donnerstag, den 9. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr, Vortrag im Restaurant Jabel, Kommandantenstr. 20.

Der Sozialklub Diskussionsabend am Donnerstag bei Krüger, Str. Franzfurterstr. 89. Gäste, durch Mitglieder eingeladen, willkommen. Obiger Klub arrangirt am Sonnabend, den 11. Oktober, einen Unterhaltungsabend verbunden mit Vortrag des Herrn Dr. Jabel. Nach dem Vortrag sind Getränke zum Preise von 20 Pf. inkl. Tanz bei G. Becker, Wallfadenstr. 23, 2 Tr. zu haben. Das Begrüßen findet im Viktorien-Saal, Franzfurter Allee statt. Wozu Freunde, Genossen und deren Damen freundlich eingeladen werden.

Fachverein der Schuhmacher und verwandten Gewerkschaften Berlin und Umgegend. Durch Beschluß in der Versammlung vom 4. Oktober wurde der Antrag beifolgender Art einstimmig angenommen. Der Verein heißt fortan: „Freie Vereinigung sämmtlicher in Hefen- und Metallarbeiten beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend.“

„Sozialdemokratischer Les- und Diskussions-„Internationale“. Generalversammlung am Donnerstag, den 9. Oktober, Abends 8 Uhr, Kleine Androssstraße 19 bei Deize. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird ersucht.

Privat-Theater-Gesellschaft Offnung. Sitzung jeden Donnerstag, Abends 8 1/2 Uhr, im Berliner Klub-Haus (Krebs), Schlegelstr. 2. — Gäste willkommen.

Gesellschaft „Hoffnung“. Donnerstag, den 9. Oktober, Abends 9 Uhr, Versammlung bei Klefmeier, Weberstr. 10.

Töpfer Berlin und Umgegend. Sämmtliche Versammlung am Donnerstag, den 9. Oktober, Abends 7 1/2 Uhr, im Saale der Höpowschen Brauerei am Franzfurter Thor.

Freie Vereinigung der Galvanisierer und Gewerkschaften Berlin und Umgegend. General-Versammlung am Donnerstag, den 9. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr, in Feuerstein's Lokal, Alte Jakobstr. 75.

Vereinigung der deutschen Maler und verwandter Gewerkschaften (Billets 6 Noth). General-Versammlung am Donnerstag, den 9. Oktober, Abends 8 Uhr, Brunnenstr. 22.

Der Arbeitsnachweis der Klavierarbeiter befindet sich Kommandantenstr. 79, im Restaurant Winger. Die Adressenliste findet an Wochentagen Abends von 8-11 Uhr und Sonntags von 10-11 Uhr an Mitglieder wie an Nichtmitglieder unentgeltlich statt. Ebenfalls in die Bibliothek Sonntags von 10-11 Uhr und Mittwochs von Abends 8-9 1/2 Uhr geöffnet.

Krank- und Begräbniskasse des Vereins sämmtlicher Gewerkschaften. Verwaltungsstelle Berlin 1. Sonnabend, den 11. Oktober, Abends 8 Uhr, Blumenstraße 75, bei Wolfschläger, Tagesordnung: Kasfenbericht, Anträge, Geschäftsliches.

Krank- und Begräbniskasse des Vereins sämmtlicher Gewerkschaften. Verwaltungsstelle Berlin 2. Versammlung, Sonnabend, den 8. Oktober, Abends 8 Uhr, bei Wölkow, Prinzenstr. 75 (Gartennummer). — Nach dem: Sitzung des Vereins „Gewerkschaftsbund“. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes zu erscheinen. Gäste willkommen.

Von den Nieder-Schönhaufen. Genossen, welche sich für Gründung eines Les-, Diskussions- oder Bildungsvereins interessieren, werden zu einer Besprechung am Sonntag, den 12. Oktober, Abends 7 Uhr, beim Gastwirth Gerhard, Pantow, Schulstraße, eingeladen und wird um zahlreiches Erscheinen gebeten. G. W. G.

Sprechsaal.

Die Redaktion stellt die Benutzung des Sprechsaals, soweit Raum dafür abgesehen ist, dem Publikum zur Verfügung von Angelegenheiten allgemeinen Interesses zur Verfügung; sie vermahnt sich aber gleichzeitig dagegen, mit dem Inhalt desselben Identifizirt zu werden.

Von der Direktion der „Philharmonie“ erhalten wir folgendes Schreiben:

In Nr. 222 Ihrer geschätzten Zeitung vom Mittwoch, den 24. v. M., befindet sich ein Bericht über eine in „Jordan's Salon“ am 19. cr. stattgehabte allgemeine Gewerkschafts-Versammlung, in welcher u. A. die Anträge gestellt wurde, ob die Buchdrucker die Philharmonie zu ihrer Matinee gewählt hätten. — Bei dieser Gelegenheit sind von verschiedenen Rednern über die Philharmonie resp. deren Bestehen Bemerkungen gemacht worden, welche der Wahrheit nicht entsprechen, und erlauben sich deshalb die ergebenden Unterzeichneten Besitzer der Philharmonie die Bitte, nachstehende Berichtigung in Ihrem geschätzten Blatt aufnehmen lassen zu wollen.

1. Herr Robert Schmidt behauptet: Der Besitzer der Philharmonie habe sich aufgelassen, wozu es führen sollte, wenn heute der Kaiser und morgen Bebel die Tribune betreten würde. — Es bedarf wohl kaum der Berichtigung, daß diese oder eine ähnliche Aeußerung nie von einem der Unterzeichner etem gemacht worden ist. —

2. Derselbe Redner behauptet: Daß die Klavierarbeiter s. B. die Philharmonie rückgängig gemacht haben und heute gehen außer den Buchdruckern noch die Hausdiener und Kutsher hin. — Hierzu bemerken wir, daß der Vorstand der Klavierarbeiter im vorigen Jahr, nachdem der Kontrakt seit abgeschlossen war, uns ersuchte, ihn seines Kontraktes zu entbinden und uns als Entschädigung hierfür 150 M. anbot. Da wir jedoch eifuhren, daß die Unterstützungs-kasse des Vereins diesen Betrag zahlen mußte und somit der Kaffe statt eines erhofften Gewinnes noch Verlust erwachsen würde, haben wir freiwillig auf die Entschädigung verzichtet und die Klavierarbeiter freiwillig ihrer Verpflichtung entbunden. Ferner gehen außer den Hausdienern nicht nur die Buchdrucker und Kutsher nach der Philharmonie, sondern es haben außerdem festbelegte die Gärtler und es werden die Klavierarbeiter, die Metallarbeiter, die Buchbinder u. s. w. ihre Festlichkeiten in diesem Winter bei uns abhalten, wenn wir nicht bereits für den ganzen Winter besetzt gewesen wären und den betreffenden Vereinen also passende Abende zur Verfügung hätten stellen können. Die Gründe dafür, daß die Vereine ihre Festlichkeiten in der Philharmonie veranstalten, sind einzig und allein ökonomischer Natur, da die betreffenden Kassen bei den Festlichkeiten in unserem Etablissement stets einen erheblichen Ueberschuß erzielen und es hat sich gerade im letzten Jahre ergeben, daß der Ueberschuß dieser Feste auch einen Ausfall für die Kassen bedeutet.

3. Herr Greisch begreift die Buchdrucker überhaupt nicht, wie sie sich konnten so gaulich machen lassen. — Auch die Metallarbeiter haben aus dem schon angeführten Grunde die Philharmonie gemieden. — Wir bemerken hierzu, daß der Bewoohnmächtigste der Metallarbeiter, Herr Knuth, im August bei uns war, um die Philharmonie entweder für Sonnabend den 24. Januar oder Sonnabend den 7. Februar zu belegen. Der letztere war bereits seit vergeben, den 24. Januar hatten wir für die Buchdrucker reservirt. Infolge dessen mußten wir die Buchdrucker ersuchen, sich schnell zu entscheiden, ob sie den Tag festnehmen wollten. Als die zugesagte Antwort eintraf, benachrichtigten wir davon unter dem 26. August schriftlich Hrn. P. Knuth und konnten ihm leider nur noch den 10. Januar zur Verfügung stellen, welcher den Metallarbeitern aber nicht geeignet erschien.

4. Herr Herzog behauptet, daß die Philharmonie Eigenthum der Brauerei Friedrichshain ist. Wir erklären hiermit, daß diese Behauptung auf Unwahrscheinlichkeit beruht und daß die ergebenden Unterzeichneten die einzigen Besitzer und Direktoren des Etablissements „Philharmonie“ sind.

Wir würden Ihnen sehr zu Dank verpflichtet sein, wenn Sie diese Zeilen in die nächste Nummer Ihres geschätzten Blattes aufnehmen wollen und zeichnen

Dochachtungsvoll ergebenst
Die Direktion der Philharmonie.

L. Sacerdoti, S. Vanteler.

In Erwägung, daß die „Berliner Schlächter-Zinnung“ den Mitgliedern des „Fachvereins der Schlächtergesellen Berlins und Umgegend“ den Zutritt zu dem Gewerkschause, Neue Grünstr. 23, früher Jordan jetzt Hennig, durch Plakatausschlag, unter Hinweis darauf, daß Zuwiderhandlung wegen Hausfriedensbruch zur Anzeige gebracht werden, unterliegt hat, erlauben wir uns darauf aufmerksam zu machen, daß Arbeiter-Versammlungen dort nicht mehr stattfinden

dürften. Wir sehen uns zu diesem Schritt deshalb veranlaßt, weil trotz des Umstandes, daß die Lokalkommission dieses Lokal aus der Liste gestrichen hat, dort doch noch Hausdiener u. Versammlungen abhalten wollen.

Wir machen daher alle Gewerkschaften auf den Beschluß der Lokalkommission nochmals aufmerksam und erwarten im Interesse der Sache, daß derartige Maßnahmen respektiert werden.

Mit genossenschaftlichem Gruß

J. A. : Schwarze,
Oberbergerstr. 45.

Um mich von den falschen Berichten, welche immer noch fortwährend hier verbreitet werden, behufs der Geldersammlung für den Tischler Biene, zu rechtfertigen, diene Jedem hiermit zur gefälligen Kenntnisaufnahme, daß ich das Geld, welches bei Spindler gesammelt und die Summe von 25 M. ergeben hat, mit Zustimmung des p. Biene schon im Mai der Frau Budach, deren Mann heute noch in Untersuchungshaft ist, übergeben habe.

Rieg bei Köpenick, den 7. Oktober 1890.

Albert Bod.

Ich, Unterzeichneter, wohne in Friedrichsfelde bei Berlin und arbeite in Berlin als Tischler. Früher betrieb ich noch einen Hausirhandel nebenbei.

Zur Zeit vor der Hauptwahl der Reichstags-Abgeordneten hatten es einige Genossen übernommen, die Listen einzusehen zu wollen, und hatte ich dieselben ersucht, ebenfalls meinen Namen mit nachzusehen. Es wurde mir gesagt, ich wäre eingetragen. Als ich jedoch wählen wollte, war ich nicht eingetragen, und als ich am dem Abend in dem Lokale war, wo das Resultat ver-

kündigt wurde, frag ich einen Genossen, warum man mir nicht gesagt hätte, daß ich nicht eingetragen wäre, sondern das Gegenteil. Ich bekam die Erwiderung, daß ich überhaupt nicht wählen dürfte, denn ich hätte einen Gewerkschaften als Armenunterstützung gehabt. Daß dies nicht wahr ist, kann ich durch meine Papiere beweisen. Es entstand dabei ein Wortwechsel und werde ich nun von den betreffenden Genossen in Friedrichsfelde und Berlin fortwährend verläumdert.

Das ganze ist nur ein persönlicher Haß und beruhen alle dies: Verläumdungen auf Unwahrheit.

O. Branburger.

Briefkasten der Redaktion.

Bei Anfragen bitten wir die Abonnements-Listung beizufügen. Brieflich Antwort wird nicht erteilt.

Sprechstunden der Redaktion: 12 bis 1 Uhr, 6 1/2 bis 7 1/2 Uhr. Wir bitten im Interesse eines geordneten Geschäftsganges unsere Leser und Genossen dringend um genaue Beachtung unserer Sprechstunden. Nur in Ausnahmefällen wären wir bereit außerhalb der angegebenen Stunden Auskunft zu erteilen.

S. 8. 34. Wenn die Miete für ein Jahr oder die etwa verabredete kürzere Mietdauer mehr als 150 M. beträgt, so brauchen Sie in Ermangelung eines schriftlichen Kontraktes nicht zu zahlen. Anderenfalls wäre jedenfalls Ihre Ehefrau zur Zahlung verpflichtet.

R. 100. 1.

Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Aachen, 8. Oktober. In einer der hiesigen Tuchfabriken legten heute 35 Weber die Arbeit nieder.

Paris, 8. Oktober. Die Lage in Carvin, wo 1000 Arbeiter die Arbeit eingestellt haben, hat sich verschlimmert. Streikenden bedrohen die arbeitenden Bergleute; von Ullrich Kavallerieabteilungen zur Aufrechterhaltung der Ruhe abgegangen.

New-York, 8. Oktober. Heute Nachmittag hat eine Pulverexplosion bei Wilmington (Delaware) stattgefunden. In Valenciennes haben 300 Glasarbeiter die Arbeit eingestellt. Gebäude der Nachbarschaft wurden beschädigt.

Fachverein der Tischler.

Heute, Donnerstag, Abends 8 1/2 Uhr, in May's Restaurant, Beuth-Strasse No. 22:

Vorstands-Sitzung.

Morgen, Freitag, den 10. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr, in May's Sälen, Beuth-Strasse No. 22:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag. 2. Die Bedeutung der Großbetriebe für unsere Bewegung. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes und Fragelisten. In Punkt 2 der Tagesordnung ist es notwendig, daß die Kollegen der Fabriken von J. C. Pfaff, Ferd. Voigts und Gebr. Weinmann anwesend sind, wir laden dieselben hierzu freundlichst ein.

Sonnabend, den 25. Oktober, in den Räumen der Brauerei „Friedrichshain“ (früher Lips):

Tanz-Kränzchen.

Billets hierzu sind auf allen Zahlstellen des Vereins, sowie bei folgenden Herren zu haben:

Miele, Adalbertstr. 9, vorn 4 Tr.; Haberland, Reichenbergerstraße 161, vorn 2 Tr.; Hoffmann, Straußbergerstr. 86, Hof 4 Tr.; Rambow, Admiralstraße 15, vorn 3 Tr. bei Mehnke; Potengowski, Rossenerstr. 40, Hof part.; Witte, Invalidenstr. 31, vorn 2 Tr.; Lenz, Dieffenbachstr. 67, vorn 1 Tr. bei Balter; Neude, Probenstr. 8, Hof 3 Tr. bei Schirmer; Boian, Wienerstr. 30, vorn 4 Tr.; Meyer, Invalidenstr. 87, Hof 2 Tr.; M. Schmidt, Grüner Weg 105; J. Theurich, Chausseestr. 76, vorn 4 Tr.; Mahling, Dresdenerstraße 120, vorn 1 Tr. links; Rosenfeld (Weihensee), Langhansstr. 100; Ernst Peters, Treßowstr. 29a; R. Häusler, Schulstr. 51; Glode, Laufherstraße 52, vorn 3 Tr.; Wiedemann, Wendenstraße 2, vorn 4 Tr.; Meude, Wienerstr. 37, vorn 2 Tr.; Schmidt, Färberingerstr. 25, Hof 1 Tr.; Feil, Stallschreiberstraße Nr. 43a; Monien, Kreuzbergstr. 9, Querweg 3 Tr.; Apelt, Sebastianstraße Nr. 27-28; Hein (Neu-Weihensee), Pistoriusstr. 145; Franz, Chorinerstr. 18; Bogasch, Friedenstr. 57, Hof 3 Tr.

Offenbacher Frauenkasse (Verwaltungsst. III Nord)

Haupt-Versammlung

am Sonntag, den 12. Oktober ds. Js., Nachmittags 4 Uhr, bei Gnadt, Brunnen-Strasse No. 38.

Tages-Ordnung:

1. Vierteljährlicher Kassenbericht. 2. Ergänzungswahl des Vorstandes.

Freireligiöse Gemeinde.

Am Sonnabend, den 18. Oktober cr., Abends 8 1/2 Uhr,

findet in „Mays Festsälen“, Beuthstraße 18-21, das erste

Familien-Kränzchen

statt, zu welchem Mitglieder und Freunde freundlichst eingeladen werden. Eintrittskarten à 50 Pf. sind bei W. Rubenow, Brunnenstraße 105; R. Tamm, Hufschmiedstraße 6; E. Vogther, Landsbergerstraße 64; C. Pütter, Gerichtsstraße 28; O. Kraker, Wasserthorstraße 20; und Th. Metzner, Rammnstraße 72, zu haben.

Das Comitee.

Große öffentliche Volksversammlung für Männer und Frauen

am Freitag, den 10. d. M., Abends 8 Uhr, in Bismarckshöhe, Wilmersdorferstrasse 39 zu Charlottenburg.

Tages-Ordnung:

1. Austritt aus der Landeskirche. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Um recht zahlreichen Besuch bittet

Der Einberufer.



Hamburg - Amerikanische Packetfahrt Actien Gesellschaft Express-Postdampfschiffahrt Hamburg - New York Southampton anlaufend Oceanfahrt ca. 7 Tage.

Ausserdem regelmäßige Postdampfer-Verbindungen zwischen

Havre-Newyork. Hamburg-Westindien. Stettin-Newyork. Hamburg-Havana. Hamburg-Baltimore. Hamburg-Mexico.

Nähere Auskunft erteilt: Wilh. Mahler, Berlin N., Invalidenstrasse 121 und August Langer, Berlin, Platz vor dem Neuen Thor 3.

Verantwortlicher Redakteur: Curt Gaake in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW., Beuthstraße 2.

Kranken- u. Sterbekasse des Vereins d. Former (S. 5. 53.) Sonntag, den 12. Okt. Vorm. 11 Uhr, im Lokale Gipsstrasse 3: 986

Ankerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Kassenbericht. 2. Statutenänderung. 3. Anträge und Verschiedenes. Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.



Quittungs-Marken Kautschuck-Stempel-Fabrik

von Jean Holze, Hamburg gr. Drehbahn 45

empfiehlt sich allen Kranken-Kassen und Arbeiter-Vereinen.

Seit 12 Jahren Lieferant sämtlicher bestehenden Central-Kranken-Kassen sowie für ca. 5000 Kassen und Vereine Deutschlands, Englands und Americas: Proben und Preis versende gratis und franco.

Schnellste Bedienung Beste Bezugsquelle Solide Preise. Der Versand geschieht portofrei.

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren.

eigener Gr. Lager, bill. Preise. Fabrik. Emil Heyn, Brunnenstraße 23, Hof partier. Teilzahlung nach Uebereinkunft.

Bettfedern.

Wer bei mir kauft, wird sicherlich zufrieden gestellt sein, denn mein langjähriges Bestehen bürgt für strengste Reclität. Ich empfehle Bettfedern, das Pfund von 35 Pf. bis zu den allerfeinsten in 55 Sorten. Setzen, ein vollständiger Stand von 9,00 an, bessere verhältnismäßig spottbillig, wie Niemand im Stande ist, dafür zu liefern, verkaufe ich on detail zu Engrospreisen. 1534a

J. Smilowski,

1. Geschäft: Kottbuserstraße 4. 2. Geschäft: Brunnenstraße 139.

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren

empfehlen 1295 Julius Apelt, Sebastianstraße 27-28. Sol. Arbeit. Prompte Bedien. Bill. Pr.

Eine Parthie 744 fehlerhafte

Teppiche!

in Sophagröße à 5, 6, 8 u. 10 M. in Salongröße à 12, 15, 20-50 M.

Berth das Doppelte! in Stillekon von 22 Mtr. à 10, 12, 15-40 Mark.

500 Master stets vorräthig. Selten billig! 5000 Stück abgepaßte Portièren

mit Gold durchwirkt in allen Farben, à 3, 4, 6, 7, 50 Mark. Port-Ketten, Paar 1 Mark.

Gardinen- u. Teppichfabrik Emil Lefèvre, Berlin S., Drauenstraße 158.

Jäustr. Musterbücher franko.

Verein „Langenbielauer“. Erstes Familien-Kränzchen am Sonnabend, den 11. Okt., im Restaurant Heise, Lichtenbergerstraße. 987

Geschäftshaus S. Heine

Chausseestr. 14. Die schönsten 741

Kinderkleider und -Zacken für Mädchen jeden Alters, sowie

Morgensröcke, Unterröcke, Trikottailen u. Blousen,

auch im Einzelverkauf sehr billig! Nachbestellungen u. Reparaturen werden prompt erledigt!

Normal-Unterkleider und Trikottagen für Herren, Damen und Kinder. Strümpfe, Socken, Handschuhe etc.

Geschäftshaus S. Heine.

Das Pug- u. Mode-Magazin von J. Amtmann, 55. Reinickendorferstr. 55,

empfiehlt sich hiermit dem geehrten Publikum unter Zusicherung reeller Bedienung und billigster Preise.

Wäsche, Weisswaaren, Trikottagen und Strumpfwaaren, Posamentier-, Kurz- und Wollwaaren in reicher Auswahl. Trauerhüte stets am Lager.

Konkursmassen-Ausverkauf!

Die zur B. Zacharias'schen Konkursmasse gehörigen Waarenbestände, bestehend aus Kleiderstoffen, Leinen, Baumwollwaaren, Toppichen, Gardinen, vollenen Normalunterkleidern ganz besonders vorteilhaft. Schwarze Cachemirs kommen werktäglich von 9-1 und 3-7 Uhr im alten Geschäftslokal

19. Schönhauser Allee 19, zu den ger. festgesetzten Tarpreisen zum gänzlichen Ausverkauf. Der Verwalter.

Bettfedern!

durchaus gute, gerein. Waare, bill. bei H. Marcus, Reinickendorferstrasse 5.

Kostüme, Mäntel, Jackets fertigt n. Maß (auch inkl. Stofflieferung) elegant und sauber gearbeitet

J. P. Müller, Zimmerstr. 53, 3 Tr. Grösste Auswahl von Stoffproben.

Sophabezüge-Reste, 3 1/2-15 Meter, unterm. Kostenpreis. Fabriklager Zimmerstrasse 56, S. prt.

Roh-Tabak sämtlicher Sorten. Grösste Auswahl, billigste Preise. 881 G. Elkhuyzen, Münstr. 10.

Resterhandlung. Rester zu kleinen Anzügen von 1,50 M., große von 7,50 M. an bis zum feinsten Kanungarn z. Paletots, Wintermänteln, Jackets u. Kleidern. Tritot zu Tailen (gleich zugeschnitten). Pelz, Krümmer, Plüsch, Federbesatz, Seide, Sammet, sowie fertige Knaben-Anzüge empfiehlt

971 Karle, Waldemarstr. 66, p.

Empfehle mein Bierlokal sowie Arbeiter- u. Arbeitervereine; sämtliche Gewerkschafts-Organen liegen aus.

Emil Böhl, Frankfurter Allee 74.

2808

Arbeiter-Buchhandlung

von R. Baginski

Dresdenerstr. 52-53 (City-Passag)

Vorräthig, bisher verboten wesen: Engels, Umwälzung der Wirtschaft

In einigen Tagen zu haben: Bebel, Die Frau

sowie Sozialdemokratisch. Liebesbuch

Ferner sind jetzt sämtliche, bis verboten gewesenen Schriften aus Verlage von J. Schabelitz

Zürich (Gedichte von Herzensheil, Stern, Malay etc.) zu haben in der

Arbeiter-Buchhandlung von R. Baginski

Rähmaschinen u. Repar. bill. R. Schwedterstr.

Gangb. Obst- und Gemüse-Geschäfte freiheitshalber z. v. Miethe 10 b. Wwe. Cuba, Neue Königstr. 33. 9-

Gangbares Obst- u. Gemüse-Geschäfte bin ich willens an einen Parteigenossen zu verk. Räh. Staligerstr. 66, b. Cigarrengeschäft.

Großartige Kautschuck- u. Gummifabrik

Wegen Mangel an Raum für verk. Bettstelle, 2 Stand Betten, Spind, Waschgef. Philipp, Doppelmer

Das gr. Lager Rinderwagen. Andreasstr. 28

Quittungsmarken Kaufgütemark

von Konrad Müller Schkeuditz-Kreis

empfiehlt sich allen Arbeitervereinen, Krankenvereinen, Ausfahr. sauber u. Preislisten gratis u.

Dr. Hoesch, homöopath. Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonntag

J. Semmel, prakt. Zahnarzt, Neue Königstr. am Alexanderplatz. Zu sprechen lich von 9-1 und 3-8.

Soeben erschien Der wahre Za Nr. 110.

Zu beziehen durch die Beuthstraße 3.

Arbeitsmarkt

Ein Parteigenosse, welcher 2 Jahren als Zimmerer thätig sucht, da er nach einer Verletzung einem Neubau nicht mehr in der Lage ist, in seinem Handwerk arbeiten zu können, irgend welche Beschäftigung er bittet gleichzeitig diejenigen Genossen, welche ihm vielleicht Arbeit weisen könnten, dies ihm mitzuteilen.

Hermann Koch, Diederichsenstraße 6, Hof 1 am Wasserthurm bei der Brauerei

Einen Beihilf verlangen Lampe & Polschewski, Dresdenstr. 15, part.

E. anständ. Mädchen kann mit einwohnen. Dennewitzstr. 26.

Ein Tischler auf Bettstellen Brits, Brits

A. Vogt, Brits

Korrespondenzen.

Zürich, 2. Oktober. Seit Jahren ist es in der Schweiz wiederholt vorgekommen, daß despotisch und brutal veranlagte „Protektoren“ die Arbeiter maßregeln, sobald sie sich in eine gewerkschaftliche oder politische Organisation (Gründerverein etc.) vereinigen wollten. Wir erlebten da vor zwei Jahren den großen Uhrenarbeiter-Streik in Solothurn, der ca. 6000 Franken kostete, den Zigarrenarbeiter-Streik in Ober- und Nidwalden, der wenigstens die gleiche Summe kostete, es war diese Angelegenheit mit im Spiele beim Oberburger Gesetzerstreik und in den letzten Tagen ist von der Direktion der Kammgarn-Spinnerei in Schaffhausen Auslösung der von ihren Arbeitern gegründeten Gewerkschaft „Kammgarn“ gefordert worden. Vor einigen Monaten wurden sogar in Luzern die Mitglieder des alten Typographenbundes von den Prinzipalen aufgefordert, aus diesem Verein auszutreten, freilich ohne Erfolg. Das sind jedoch nur einige wenige Fälle, die zu langwierigen Arbeitseinstellungen führten; jene Fälle dagegen, wo die Arbeiter zu wenig Klassenbewußtsein, Energie und Männerstolz besaßen, um dem unverkündeten Widerstand zu leisten, sondern gleich die Plinte muthlos ins Korn warfen, dürften nach Tausenden zählen. Die vor einigen Monaten in Hamburg begründete Unternehmer-Koalition und ihr Kampf gegen die verhassten Fachvereine hat auch die Aufmerksamkeit der schweizerischen Arbeiter erregt und die organisierten Genossen in Basel veranlaßt, die Einberufung eines Gewerkschafts-Kongresses in Vorschlag zu bringen, der sich speziell mit der Sicherung des Koalitionsrechtes und der Arbeiter gegen die frechen Ausbreitungen der Kapitalisten befassen sollte. Eine schweizerische Arbeiterschaft hat in Anbetracht der Thatsache, daß in diesem Jahre schon eine ganze Reihe verschiedener Kongresse stattgefunden, sich dem Vorschlage gegenüber im Allgemeinen ablehnend verhalten und es dürfte in diesem Jahre auf keinen Fall mehr zu einer solchen Konferenz kommen. Dagegen hat die Anregung die gute Folge gehabt, daß sich die Arbeiterpresse und die Arbeiterorganisation mehr als vorher mit dieser Frage beschäftigten. So wird im „Grillianer“ dazu bemerkt: „Die Bundesverfassung garantiert uns freilich das Vereins- und Versammlungsrecht, aber diese Garantie wird von vielen Arbeitsherrn nicht anerkannt resp. mißachtet. Und so lange die Gefährdung des Koalitionsrechtes seitens der Gegner der Arbeiterbewegung nicht bestraft werden kann, ist uns mit dieser bloßen Garantie nicht geholfen.“

Die Entwidlung der Dinge macht es notwendig, ein Gesetz zu schaffen, das jeden Angriff auf's Koalitionsrecht streng bestraft. Die Forderung eines solchen Gesetzes läßt sich gut begründen. Wir haben häufig schon betont, daß das schweizerische Arbeitervolk alle seine Forderungen auf gesetzliche Wege geltend machen und verwirklichen will. Um so mehr hat die Arbeiterschaft sicherlich ein Anrecht darauf, daß man sie im Gebrauch der verfassungsmäßigen und gesetzlichen Rechte nicht hindere, was ganz besonders in Bezug auf solche Rechte gilt, deren Benutzung einem großen Theile unseres Volkes Schutz bieten sollte gegen Ausbeutung und Unrecht, welchen Zweck das Koalitionsrecht ja hat. Genügt nun die bloße Garantie dieses Rechts nicht, so hat der Staat im allgemeinen Rechts- und Wohlfahrtsinteresse zur Garantie noch den nachdrücklichen Schutz zu fügen. Andernfalls macht er sich zum Mitschuldigen, wenn das von ihm in der Verfassung ausgesprochene und gewährleistete Vereinsrecht von jedem beliebigen Geldproben und Schloßjunker verhöhnt, mißachtet und über den Haufen geworfen werden darf.

Die schweizerische Arbeiterschaft hat keinen Gefallen an Erweisen, wie man solche fälschlich in monarchischen Ländern (Belgien etc.) als Ausläufer grenzenloser Ausbreitung und Vergrößerung wahrnehmen kann; es ist jedoch damit nicht gesagt, daß, wenn man unseren Arbeitern die elementarsten Rechte verweigert, in der Schweiz für alle Zeiten solche Arbeiteraufstände ein Ding der Unmöglichkeit bleiben u. s. w.“ Es wird ein Gesetz gefordert, wie es in jüngster Zeit in Frankreich geschaffen worden.

Aus Anlaß des Erscheins des Sozialistengesetzes hielten die deutschen Sozialisten in mehreren Orten, so in St. Gallen, Zürich, Winterthur, Genf, Basel etc. Zusammenkünfte ab, wobei das Ereignis besprochen und der Sieg der Sozialdemokratie über ihre Feinde gefeiert wurde. Auch die Presse widmet dem Ereignis angemessene Betrachtungen, wobei verschiedene Reminiscenzen und die Wohlgenuth's-Affäre etc. ins Gedächtnis zurückgerufen werden. Man begrüßt allseitig den Fall des Gesetzes.

Den Parteikongress in Halle a. S. wird Genosse Bed, Zürich, als Delegirter besuchen.

Soziale Arbeiterlicht.

Weißensfels, 7. Oktober. Zur Ergänzung meines vorigen Berichtes habe ich vorerst noch voranzuschicken, daß der Kongress in seine Geschäftsordnung den achtstündigen Arbeitstag aufnahm und diese Arbeitszeit von 8-12 Uhr Vormittags und von 2-8 Uhr Nachmittags strikte einhielt. Ferner sei bemerkt, daß zum ersten Male auf einem Schuhmacher-Kongresse eine Arbeiterin als Delegirte erschien und zwar ist es Frau Martha Mohr aus Dresden.

Die Verhandlungen bestanden von gestern Mittag bis heute Mittag in der Generaldiskussion über die zukünftige Gestaltung der Organisation der deutschen Schuhmacher. Aus der Debatte ist hervorzuheben, daß alle Redner, deren mehr als 90 sprachen, sich einmüthig für zentralistische Vereinigung aussprachen und diese Organisationsform als bei den Schuhmachern für gut bewährt erklärten. Den vereinzelten Bestrebungen, die sich namentlich bei den in der Schäftebranche beschäftigten und zum Theil auch bei den Fabrikarbeitern hier und da geltend machten, wurde energisch entgegengetreten und betont, daß angesichts des Zusammenstosses der Unternehmer in unserer Branche, der Fabrikantentzünge, wie ein solcher vor einigen Monaten im Mainau erlebt, und der allgemeinen Unternehmer-Koalitionen, wie sie in Hamburg und anderen Orten vor einigen Monaten gebildet worden, der enge Zusammenschluß aller in der Schuhmacherei beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen ein Gebot der Nothwendigkeit und Selbstbehaltung sei.

Es wurde denn auch in diesem Sinne Beschluß gefaßt. In der Frage des Schiedsrichters-Amtes, wie es bisher unter Leitung des Herrn Bod in Götting bestanden, wurde beschlossen, es wie bisher zu belassen und wurde neuerdings Herr Bod als solcher bestätigt.

Für die zukünftige Organisation der deutschen Schuhmacher und für die nächsten Aufgaben, welche dieselben verfolgen sollen, wurden folgende Punkte in einer einstimmig angenommenen Resolution festgesetzt:

In Erwägung, daß die Noth und das Elend unter den Schuhmachern übergroß ist, erzeugt durch übermäßig lange Arbeitszeit und larmigen Lohn, welcher kaum hinreicht, das nackte Leben zu fristen, daß diese Thatsache nicht nur nicht bestritten werden kann, sondern selbst auf einem Fünftertage anerkannt werden mußte, indem ein Obermeister die Befestigung und Wohnungsverhältnisse der Gefangenen als für die Schuhmacher beizubehalten werth erschienen ließ, verpflichten sich die Delegirten des Schuhmacherkongresses in Weißensfels, mit allen gesetzlichen Mitteln die Befestigung dieser traurigen Verhältnisse anzustreben. Als Mittel, dieses Ziel zu erreichen, betrachten dieselben in erster Linie eine einheitliche zentralisierte Organisation, welche alle in der Schuhindustrie und dem Schuhmachergewerbe thätigen Arbeiter und Arbeiterinnen in sich vereinigt.

Die Aufgaben, welche die Organisation zu erfüllen hat, bestehen in der Zusammenfassung aller Kräfte in der Schuhmacherbewegung, in der Verbreitung von Wissen und Ausklärung und in der Stärkung des Klassenbewußtseins der Schuhmacher.

Die Organisation stellt als nächste und wichtigste Forderung folgende auf:

1. Die Erringung eines gesetzlichen Maximal-Arbeits-tages.

Da jedoch bei dem Widerstand des Unternehmertums gegen diese Forderung noch längere Zeit vergehen dürfte, ehe diese Forderung zum Gesetz erhoben, so hat die Organisation unausgesetzt den Kampf für verlässige regelmäßige Arbeitszeit zu führen.

2. Gänzliche Abschaffung der Sonntagsarbeit.

3. Dahin zu wirken, daß die Arbeitgeber für ihre sämtlichen Arbeiter Werkstätten einzurichten haben, wodurch die den Arbeitern so nachtheilige Hausindustrie beseitigt wird.

Die Hausindustrie ist eine der schlimmsten Auswüchse unseres Gewerbes und eine Quelle bitteren Leidens für die Arbeiter, sie ist eine der Hauptursachen der niedrigen Löhne und der langen Arbeitszeit der Schuhmacher.

4. Stellung sämtlicher Zubehörtitel, wie Garn, Wachs, Seide etc. durch die Unternehmer.

5. Einführung eines Minimal-Lohns und Abschaffung der Alfordarbeit.

Ferner wurde beschlossen, einen Streikfonds in der Weise zu bilden, daß Marken zu 5 bis 50 Pf. von der Zentralfelle in Götting ausgegeben und der Betrag hierfür wieder dahin eingeleistet werden solle. Es sollen nur solche Streiks unterstützt werden, die vom Schiedsgericht im „Schuhmacher-Fachblatt“ als bewilligt bekanntgegeben werden. Der Kongress spricht sein Bedauern darüber aus, wenn Kollegen streiken, ohne vom Schiedsgerichte die Bewilligung dazu erhalten zu haben. Alle gesammelten Gelder sind an den Unterstützungsfonds nach Götting zu senden und keine anderen Sammelstellen, als solche, die vom Schiedsgerichte ausgesprochen, anzunehmen.

Aus den Bericht des Offenbacher Delegirten, daß die Fabrikanten des Maingauer Entlassungsscheine in verschiedener Form und mit Zeichen versehen, den Arbeitern einhändigen und daß eine bezügliche Klage bei Gericht den Erfolg hatte, daß der betreffende Fabrikant verurtheilt wurde, ein korrektes und geschriebenes Zeugnis dem Arbeiter auszustellen. In Anbetracht dieses Vorkommnisses, das den Schluß zuläßt, daß die Fabrikanten eine bezügliche Vereinbarung getroffen, beschließt der Kongress, um diesem Unfug entgegenzutreten und ihn zu beseitigen, die Kollegen Deutschlands zu verpflichten, überhaupt keine Entlassungsscheine mehr anzunehmen.

Der Kongress beschließt ferner, es solle dahin gewirkt werden, daß ein einheitliches Vereins- und Versammlungsgesetz für das ganze Deutsche Reich geschaffen werde.

Betreffs des Zusammenschlusses (Kartell etc.) der verschiedenen Branchen-Organisationen wird beschlossen, diese Frage dem nächsten stattfindenden allgemeinen deutschen Gewerkschaftskongresse zur Erledigung zu überlassen. — Als Vertreter der Schuhmacher auf diesem Kongress werden die Herren J. Siebert-Würzburg und Bod-Götting gewählt.

Zum Schluß werden noch folgende zwei Resolutionen einstimmig angenommen:

Resolution. Der Schuhmacherkongress in Weißensfels erklärt, daß die von der Reichsregierung in Angriff genommene bürokratische Sozialreform den Arbeitern in keiner Weise genügt und ihre berechtigten Wünsche befriedigt. Die Schuhmacher verlangen, daß eine wirkliche, volksthümliche Sozialreform nur unter Mitwirkung der Arbeiter selbst sich entwickeln kann. Der Schuhmacherkongress erklärt dagegen in den von der sozialdemokratischen Fraktion bei dem Reichstage eingereichten Arbeiterschutz-Gesetzentwurf den Anfang einer gerechten und volksthümlichen Sozialreform.

Der Schuhmacherkongress protestirt entschieden gegen die in der Gewerbeordnungs-Novelle enthaltene Bestrafung des Kontraktbruches, sowie gegen die rigorose Bestrafung der Streikleiter.

Der Schuhmacherkongress erblickt in diesen Bestimmungen, wenn sie Gesehtkraft erlangen, eine vollständige Vernichtung des Koalitionsrechtes der Arbeiter zu Gunsten des Unternehmertums.

Damit war der Kongress am Schluß seiner Arbeiten angelangt und Herr Siebert hielt eine begeisterte Schlussrede, in welcher er mit Befriedigung die Fortschritte, welche die Schuhmacherbewegung in den letzten Jahren gemacht, konstatierte und unter Hinweis auf die immer mächtiger werdende Unternehmerrchaft, auf ihre Koalitionen und ihre Bestrebungen, die Arbeiterorganisationen zu zerstören, die Kollegen aufforerte, alle Zwietracht zu vermeiden und unsere Kräfte nicht zu schwächen. Er wünscht, daß die Agitation in immer größerem Umfange unter den Schuhmachern betrieben und nach und nach alle noch fernstehenden Kollegen zu unserer Organisation herangezogen werden. Er hebt die hohe Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation und ihre Thätigkeit zur Erkämpfung der kapitalistischen Produktionsweise und ihrer für die Arbeiterschaft so empfindlichen, drückenden Schädigungen hervor, die nur endlich werden beseitigt werden können, wenn die Produktion auf genossenschaftlicher Grundlage organisiert sein werde. Mit dem Wunsche, daß der Kongress zum Ausgangspunkte eines neuen und großen Aufschwunges der deutschen Schuhmacherbewegung werden möge, schließt er mit einem begeisterten dreifachen Hoch auf dieselbe, in das alle Anwesenden mit einstimmten. Nach der Schlussrede wurde der Kongress um 8 Uhr geschlossen. Während der Verhandlungen waren vier Begrüßungs-Telegramme eingelaufen.

Versammlungen.

Der Verband der Möbelpolier Berlins und Umgegend hielt am Montag, den 22. September, in Holzmann's Lokal, Andreasstr. 26, seine Versammlung ab. Die Tagesordnung

war: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Geschäftliches. 4. Verschiedenes. Zum ersten Punkt hatte sich Herr Wihl. Werner bereit erklärt, das Referat zu übernehmen. Derselbe war jedoch nicht erschienen, denn derselbe hatte in Köpenick ebenfalls zugesagt; er hat es jedoch nicht der Mühe für werth gehalten, dem Vor-sitzenden irgend welchen Bescheid zukommen zu lassen. So mußte denn in aller Eile für Ersatz gesorgt werden. Es war denn auch Herr J. Henke bereit, das Referat zu übernehmen. Derselbe sprach über: „Zur unsere Spezialorganisation der allgemeinen gewerkschaftlichen Bewegung von Nutzen? wenn nicht, welcher Organisation schließen wir uns an?“ Herr Henke entledigte sich seiner Aufgabe in zufriedenstellender Weise und erntete lebhaften Beifall dafür. Er führte unter anderem die Entstehung der gewerkschaftlichen Fachorganisationen in den 60er Jahren an, gedachte hierbei auch unseres Vorkämpfers Ferd. Lassalle, wie sich seine Ideen Bahn gebrochen haben, unterzog die Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine einer herben Kritik, ebenso kritisierte er die Stützen des Staates, die Herren der Innungen mit ihren Höfen, kam sodann auf den in diesem Jahre hier stattgefundenen Innungstag zu sprechen, verlas einige Punkte von der hierzu aufgestellten Tagesordnung und unterzog diesen einer eingehenden Kritik. Ferner berührt er die Beschlüsse des Pariser Kongresses, ebenso das Vorgehen des Ringes der Holzindustriellen. Es müßte den letzteren ein Damm entgegengekehrt werden, welches aber wohl am besten durch Zentralisation zu bewerkstelligen ist. Redner will aber die Spezialorganisation beibehalten wissen. Unsere diesjährige Lohnbewegung hat es gezeigt, von welchem Nutzen dieselbe war. Es können auch die indifferenten Kollegen besser aufgeführt und so der Sozialdemokratie zugeführt werden. Hieran schloß sich eine längere Debatte, in welcher sich zuerst der Vorsitzende in längerer Ausführung voll und ganz mit dem Referenten einverstanden erklärte. Redner verlas eine von ihm eingebrachte Resolution folgenden Wortlauts: „Die heutige in Holzmann tagende Versammlung des Verbandes der Möbelpolier Berlins und Umgegend erkennt sich mit den Ausführungen des Referenten vollständig einverstanden. Die Versammlung erklärt, daß gegenüber den Arbeitgeber-Koalitionen alle Arbeiter verpflichtet sind, sich stramm zu organisieren, und erwartet die Versammlung, daß der nächste Gewerkschafts-Kongress den Branchenvereinen die Wege weist, welche sie zu gehen haben, um eine Gesamtorganisation aller Arbeiter herbeizuführen, in welcher den einzelnen Branchen freie Bewegung gelassen wird, die noch Indifferenten ihres Berufes zur Organisation heranzuziehen und somit auch ihr Theil beitragen zu können, die Masse der Sozialdemokraten zu vermehren.“ Im weiteren beteiligten sich die Kollegen Lederhause, Franke, Thum, Reuter und Häbke und sprachen in demselben Sinne. Nach einem Schlusswort des Referenten wurde die Resolution einstimmig angenommen. Zu Punkt 3 „Geschäftliches“ weist der Vorsitzende auf das Gebahren eines Kollegen hin, der in der Tischlerwerkstatt des Herrn Lade, Köpnickstr. 189, arbeitet. Derselbe bietet sich an, Sonntags und nach Feierabend zu arbeiten. Unsere Eigenschaften werden hierdurch illusorisch gemacht. Der Vorsitzende stellt hierzu folgenden Antrag: „Wenn die Arbeitszeit der Polier bei Herrn Lade wieder überschritten, legen die organisierten Kollegen und Berufsgenossen die Arbeit nieder. Für die Unterstützung tritt der Verband der Möbelpolier Berlins und Umgegend ein.“ Die Kollegen Scholz, Reuter, Gräber und Thum, letzterer Tischler bei Herrn Lade, sprachen sich im Sinne des Antrages aus. Herr Thum versicherte auf Ehrenwort, dafür in der Werkstatt wirken zu wollen. Dieser Antrag wird ebenfalls einstimmig angenommen. Ein Antrag des Kollegen Lederhause, die angeführten Säge auf Kosten des Vereins an den Säulen an-schlagen zu lassen, wird angenommen und der Vorstand beauftragt, dieses in geeigneter Form der Öffentlichkeit zur Kenntnis zu bringen. Hieran wird als zweiter Bibliothekar Kollege Beer gewählt. Es wird dann zu Punkt 4 „Verschiedenes“ geschritten. Auf eine Anfrage, betreffs der Annonce über den Londoner Streik, erklärt der Vorsitzende, keine Mittheilung erhalten zu haben und in dieser Sache nichts zu veranlassen, bis er etwas näheres hierüber weiß. Betreffs des Stützungsfestes erklärt Kollege Gräber, daß dasselbe am 22. November bei Joel, Andreasstraße 21 stattfindet. Der Antrag Franke, dem Arbeitsvermittler, Herrn Henke, Beitragsmarken und Mitgliedsbücher zu übergeben, damit derselbe solche anzuflehen resp. bei ruhenden Mitgliedern Beiträge einleiten kann, wird angenommen. Kollege Reuter empfiehlt dann noch die Broschüre „Schutz gegen Gefahr für Krankheit.“ Dieselbe ist in den Zahlstellen für 10 Pf. zu haben. Mit einem Hoch auf die internationale revolutionäre sozialdemokratische Arbeiterpartei schloß der Vorsitzende dann die Versammlung.

Wahl einer Delegirten zum sozialdemokratischen Kongress. Behufs Wahl einer Delegirten zum sozialdemokratischen Kongress war zu Dienstag Abend nach dem großen Saale der Lips'schen Brauerei (am Friedrichshain) eine Arbeiterinnen-Versammlung derufen. Dieselbe war jedoch, vielleicht aus Anlaß des heftigen Regens, von kaum 300 Personen besucht. Sie bestand aus Männern, zumieist dem Arbeiterstande angehörig; die weibliche Zahl der Frauen bestand aus noch sehr jugendlichen Arbeiterinnen. Nachdem Frau von Hoffstetten, Gattin des vor einigen Jahren verstorbenen Reichstagesabgeordneten von Hoffstetten, zur ersten, Frau Leuschner zur zweiten Vorsitzenden und Fr. Gräber zur Schriftführerin gewählt worden waren, sprach Frau Hoffsteter ihrer über die Nothwendigkeit, daß auch die Berliner Arbeiterinnen auf dem sozialdemokratischen Kongress durch eine Delegirte vertreten seien. Es sei nur bedauerlich, daß die gegenwärtige Versammlung so schwach besucht sei. Die Frauen haben eben noch bedeutend mehr unter dem Ausnahmestande gelitten als die Männer. Hoffentlich werde es jezt unter der sogenannten neuen Ära besser werden. Die heutige Gesellschaftsordnung lege den Frauen und Mädchen dieselben Pflichten auf wie den Männern, schließe sie aber von allen Rechten aus. Selbst Männer, die in den vordersten Reihen der modernen Arbeiterbewegung stehen, wollen den Frauen volle Gleichberechtigung nicht zugestehen. Erst auf dem internationalen Arbeiterkongress zu Paris sei diese Gleichberechtigung zugestanden worden. Man sage: Die Frau gehöre in's Haus, man vergesse nur dabei, daß die heutige Produktionsweise die Frau aus dem Hause treibe. Die Frauen müssen deshalb ihre Stimme erheben und volle Gleichberechtigung mit den Männern fordern. Die Frau müsse gleich dem Manne die Gesehe beobachten, Steuern zahlen, sich und ihre Kinder oftmals selbstständig ernähren, alsdann habe sie auch zu fordern, daß sie bei allen öffentlichen Wahlen wahlberechtigt und wählbar sei. (Beifall.) All die alten überlebten Vorurtheile wendeten sich ja in erster Reihe an die Frauen, weil die am ehesten zur Verbreitung beitragen. Mögen die Arbeiterinnen, die ja mit den alten Religionen gebrochen, zur Verbreitung der Religion der allgemeinen Menschenliebe beitragen. Es sei Zeit, daß die Arbeiterinnen sich nun endlich offen und ehrlich als Sozialdemokratinnen bekennen. (Lebhafte Beifall.) Die sozialdemokratischen Abgeordneten waren bisher die einzigen, die im Reichstage für die Gleichberechtigung der Frauen eingetreteten seien. Wie dringend notwendig es sei, daß auch die Frauen im Reichstage vertreten seien, beweiße das bürgerliche Gesetzbuch, das jezt den

